

N i e d e r s c h r i f t

**der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
26.11.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:01 Uhr bis 20:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	ab 14:24 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	von 14:12 Uhr bis 20:20 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	von 14:17 Uhr bis 20:20 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	bis 20:20 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	ab 14:34 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	ab 16 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Dr. Ulrike Wünsch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Josephine Jahn	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Marcel Kieslich	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Anja Krimmling-Schoeffler	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Marion Krischok	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	ab 14:10 Uhr
Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Sten Meerheim	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Katja Müller	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Elisabeth Nagel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Manuela Plath	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Thomas Schied	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	
Rudenz Schramm	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)	ab 14:14 Uhr
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Halle (Saale)	ab 14:53 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Johannes Krause	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Halle (Saale)	
Kay Senius	SPD-Fraktion Halle (Saale)	bis 20:14 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Halle (Saale)	ab 14:14 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 20:14 Uhr
Dietmar Wehrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:16 Uhr bis 21:08 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

Yvonne Winkler
Sabine Wolff
Tom Wolter
Helmut-Ernst Kaßner
Markus Klätte
Gisela Wagner
Gerhard Pitsch

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Stadtrat
Stadtrat
Stadträtin
Stadtrat

ab 14:25 Uhr

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Wolfram Neumann
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel
Herr Dr. Karamba Diaby

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
SPD-Fraktion Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 4. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Er wies darauf hin, dass die Bürger die Möglichkeit hätten, ein dreiminütiges Statement abzugeben und am Ende dessen eine Frage an die Verwaltung zu formulieren. Danach gäbe es noch die Gelegenheit einer Nachfrage. Kurz vor Ende der Redezeit werde er ein kurzes Handsignal geben.

Herr Beßler zu Baumaßnahmen für eine Speedskater-Arena

Herr Beßler stellte sich als Vertreter von 400 Mitgliedern und des Vorstandes der SG Motor Halle vor. Er berichtete darüber, dass auf dem Gelände der SG Motor Halle eine Speedskater-Arena gebaut werden soll. Zu diesem Thema wurden im Jahr 2012 erste Gespräche mit dem Vorstand geführt, welche mittlerweile jedoch gänzlich eingestellt worden sind und die Informationen am Vorstand vorbei gehen würden.

Jetzt gäbe es die Situation, dass Baufahrzeuge das Gelände der SG Motor Halle befahren und auf Anweisung des HISC (Halleschen Inlineskaterclubs) mit Bauarbeiten begonnen haben.

Der Verein SG Motor Halle sehe nun das Problem, dass den Mitgliedern des Vereins, welche in verschiedensten Sportarten aktiv seien, durch die abgesteckte Größenordnung der Baufläche ein Teil der Sportfläche und damit die Möglichkeit zur sportlichen Entfaltung ein Stück weit genommen werde.

Seiner Kenntnis nach sei der Oberbürgermeister Schirmherr des Projektes und er fragte an, warum beim Genehmigungsverfahren für das Bauprojekt nicht der SG Motor, als Pächter des Geländes, mit einbezogen wurde.

Ebenso wurde der geänderte Pachtvertrag für die SG Motor Halle seitens des Vorstandes nicht unterschrieben, da die Zustimmung in der Mitgliederversammlung nicht vorlag.

Der Verein sei grundsätzlich zu Gesprächen bereit, damit nicht weitere Tatsachen geschaffen und dort entsprechende Bauarbeiten ohne Abstimmung durchgeführt werden.

Herr Beßler bat die Stadträte um Unterstützung in dieser Angelegenheit. Des Weiteren wies er darauf hin, dass man zu Beginn des Projektes von 6.000 m² ausgegangen war und mittlerweile die Projektplanung bei über 10.000 m² liege, ohne dass die SG Motor Halle darüber befragt oder auch nur ansatzweise informiert wurde.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass er nicht Schirmherr des Projektes sei. Nach seinem aktuellen Kenntnisstand habe die Stadt immer wieder darauf hingewirkt, dass die beiden Vereine sich abstimmen.

Dem stimmte auch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, zu. Zum heutigen Tag werde es nochmals ein Gespräch mit allen Beteiligten geben, damit eine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann.

Herr Beßler bedankte sich für die Aussagen der Verwaltung.

Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm

Herr Thomas bezog sich in seiner Anfrage auf eine Stellungnahme der Stadt gegen den ablehnenden Bescheid zum Abrissantrag der HAVAG zum Gebäude Böllberger Weg 188 und fragte nach, ob die Stadt dabei die Argumentation benutzte, dass das ganze Stadtbahnprogramm und/oder nur die Stadtbahnprogramm-Finanzierung gefährdet sei, wenn der Abriss der Weingartenschule nicht genehmigt wird.

Bezüglich der weiteren Frage von **Herrn Thomas**, ob es stimme, dass die Stadt in ihrer Stellungnahme zum Klageverfahren der HAVAG an das Gericht behauptete, eine eingleisige, gesonderte Bahnkörperlösung sei nicht möglich, teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass die Stadt sich, wie in den vorliegenden Unterlagen ersichtlich, entsprechend dazu geäußert habe. Und es würden nicht die Verkehrsgewinne und alle Förderzwecke erreicht, wenn es nur einen eingleisigen separaten Bahnkörper gäbe.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, eine schriftliche Beantwortung an Herrn Thomas zu geben.

Herr Hacker zum Bau der Pyrolyseanlage

Herr Hacker stellte sich als Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Bau der Pyrolyseanlage vor und informierte darüber, dass die Initiative für ein Umdenken bei der Entwicklung des Hafens in Trotha einsetzen und sie sich aktiv für die Abkehr emissionsbehafteter Industrie im Stadtgebiet einsetzen. Sie unterstützen ausdrücklich eine umweltverträgliche Nutzung des hochwassergefährdeten und denkmalgeschützten Geländes, stemmen sich aber gegen den schleichenden Ausbau des Hafens in Halle-Trotha zum Chemiepark.

Herr Hacker kündigte an, dass in der kommenden Stadtratssitzung eine Petition mit über 7.000 Unterschriften übergeben werde und verlas drei Fragen an die Verwaltung:

1. Wie wollen Sie mit dieser Petition umgehen?

Der Genehmigungsbescheid aus dem Jahr 2009 für die alte Anlage läuft aus und verfällt, trotz der vorliegenden Rechtssicherheit für diverse Investoren. Nun ist die Pyroltech GmbH aus Priem am Start.

Wird die Reifenverbrennungsanlage auf dem Grundstück des Saalehafens nicht gebaut?

2. Sind Sie dazu bereit Herr Dr. Wiegand, gemeinsam mit der Landesregierung und den Vertretern des Landesverwaltungsamtes und den Stadtwerken, nach Möglichkeiten zu suchen, diese Verbrennungsanlage nicht wie geplant im Stadtgebiet zu errichten?

Die grundsätzliche Bereitschaft des Investors, woanders zu bauen, z. B. in Leuna oder in Schkopau, besteht.

3. Sind Sie dazu bereit, eine Überarbeitung des Flächennutzungsplanes aus dem Jahre 1998 zu veranlassen?

Im Genehmigungsbescheid des Landesverwaltungsamtes wird darauf hingewiesen, dass bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes aus der Vergangenheit herrührende Nutzungskonflikte nicht endgültig gelöst sind.

Wird beispielsweise allgemeines Wohnen als gewerbliche Nutzung geplant, bestehe im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes die große Chance, das Interesse potentieller Investoren und die der Anwohner ausgleichend zu berücksichtigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte Gesprächsbereitschaft der Verwaltung zur angesprochenen Problematik zu. Er erwarte dazu auch die Bereitschaft des Landesverwaltungsamtes, welches nach Prüfung aller Maßstäbe die Genehmigung erteile.

Auch **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, stimmte dafür, bei Bürgerveranstaltungen die grundsätzliche Bereitschaft der Verwaltung zu Stellungnahmen und Diskussionen zu sichern. Man werde versuchen, durch eine terminliche Abstimmung weitere Veranstaltungen personell abzudecken.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die Genehmigungen und Auflagen durch das Landesverwaltungsamt erteilt worden sind und deshalb Vertreter des Landesverwaltungsamtes mit eingeladen werden müssen.

Herr Hacker informierte über die Aussage von Mitarbeitern des Landesverwaltungsamtes, dass, solange die Stadt den Flächennutzungsplan von 1998 nicht ändert oder das Gebiet als Sondergebiet mit industrieller Nutzung deklariert, könne die Landverwaltung den Antrag des Investors nur genehmigen, wenn dieser die Grenzwerte einhält. Damit liege die Ursache bei der Stadt, die den Hafen als Sondergebiet Industriegebiet deklariert habe.

Herr Beigeordneter Stäglin machte darauf aufmerksam, dass das Problem beim Hafen nicht nur der Flächennutzungsplan sei.

Die Stadt habe weiterhin die Zielsetzung eines größeren Umschlages von Schiffen im Hafen. Das Thema Wirtschaftsweg Wasser werde an vielen Stellen noch nicht intensiv genutzt und aus dem Grund sei man im Prozess bereit, das integrierte Stadtentwicklungskonzept zu überarbeiten, was zu einer Anpassung oder Korrektur des Flächennutzungsplanes führen könne. Inwieweit dann die Zielstellung definiert wird, die Fläche am Hafen in eine andere Richtung auszuweisen, müsse die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat diskutieren.

Insgesamt brauche die Stadt eine gewisse Bilanz für Wohnbauflächen, Gewerbe- und Industrieflächen, die für die Wirtschaftskraft der Stadt und auch für Steuereinnahmen notwendig sind. Würde man in der gewerblichen Nutzung die Fläche reduzieren, müssten Alternativen angeboten werden.

Abschließend erinnerte **Herr Hacker** noch einmal daran, dass die Wohnbebauung und der Yachthafen aus dem Projekt Stadt am Fluss herrühren und man sich auch ein Gewerbegebiet vorstellen könnte, wo Einnahmen für die Stadt generiert werden. Die Bürgerinitiative werde sich aber weiterhin gegen den Bau einer Verbrennungsanlage einsetzen.

Herr Fritz zur Straßenreinigungsgebührensatzung

Im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Straßenreinigungsgebührensatzung wies **Herr Fritz** darauf hin, dass der Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 20.02.2014 im Bereich Personalreservehaltung, Fahrzeugreservehaltung, kalkulatorische Verzinsung und Wagniszuschlag kritisiert wurde und diese Zuschläge für zu hoch befunden wurden.

Des Weiteren machte er darauf aufmerksam, dass in der Kalkulation trotz verschiedener Nachfragen nicht auszumachen sei, wo der Gewinnausgleich stattfindet.

Sollte sich die Stellungnahme des Landesrechnungshofes gerichtlich festigen, bat er um eine Stellungnahme der Verwaltung, wie mit dem Urteil dann umgegangen werde und wann ein Gewinnausgleich vorgenommen wird.

Herr Fritz bat um eine verbindliche Erklärung dazu, wann und ob das Urteil des Landesrechnungshofes in die Gebührenrechnungsperiode einbezogen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Böhme zur Sanierung des Gehweges vor der Kindereinrichtung

Herr Böhme stellte sich als Elternbeirat der Kindertagesstätte Knirpsenland 1 und 2 vor und machte darauf aufmerksam, dass im Jahr 2013 bereits schon einmal Unterlagen zur Sanierung des Gehweges vor der Kindereinrichtung eingereicht worden sind. Bis heute habe sich nichts getan.

Er übergab eine Mappe mit Fotos des sanierungsbedürftigen Gehweges und eine Unterschriftensammlung zu dieser Problematik an den Oberbürgermeister.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 4. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 42 Mitglieder des Stadtrates (73,68 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass es zur heutigen Sitzung im Foyer des Stadthauses einen kleinen Stand mit fair gehandeltem Kaffee aus Halle (Hallorke) gäbe.

Herr Lange verpflichtete Herrn Stan Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, als Nachfolger des verstorbenen Stadtrates, Herrn Trömel, auf der Grundlage des § 53 (2) KVG LSA. Gleichzeitig wies er ihn gemäß § 30 (3) KVG LSA Pflichtbelehren auf die nach § 32 und 33 obliegenden Pflichten hin.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.4 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291
- 6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)
Vorlage: V/2014/12767
Wurde in den Fachausschüssen vertagt
- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602
Wurde im Fachausschuss vertagt.
- 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)
Vorlage: V/2014/12851
Wurde vom Antragsteller zurückgezogen.
- 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrrad-abstellanlagen
Vorlage: VI/2014/00236
Wurde vertagt.
- 7.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse
Vorlage: V/2014/12753
Wurde im Fachausschuss vertagt
- 10.2 Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014
Vorlage: VI/2014/00175
Wurde im Fachausschuss vertagt.

Herr Lange informierte, dass folgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2014/00421
- 8.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

Vorlage: VI/2014/00422

Herr Lange wies darauf hin, dass die Dringlichkeitsanträge daraus resultieren, dass es ein neues Mitglied in der Fraktion DIE LINKE gäbe.

Er bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00421 einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00422 einstimmig zugestimmt

Damit werden die Dringlichkeitsvorlagen unter dem Tagesordnungspunkt 8.8 und 8.9 behandelt.

Herr Lange informierte darüber, dass im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung der Dringlichkeitsantrag

6.14 Anträge zur Beseitigung der Flutschäden der Eissporthalle und Nebengebäude
Vorlage: VI/2014/00417

hätte behandelt werden sollen.

Aus der Stadtverwaltung gäbe es jetzt das Signal, den Dringlichkeitsantrag im öffentlichen Teil zu behandeln. Er bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00417 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6.14 behandelt.

Herr Lange informierte, dass nachfolgende Änderungen und Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

6.5 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12756

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge unter TOP 6.5.1 und 6.5.2 vor.

6.9 Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00022

Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter TOP 6.9.1 vor.

6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542

Hierzu liegen drei Änderungsanträge unter TOP 6.12.1, 6.12.2 und 6.12.3 vor.

7.5 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle(Saale) und der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Denkmal-Skulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2014/00154

Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter TOP 7.5.1 vor.

- 8.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)

Vorlage: VI/2014/00304

Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter TOP 8.5.1 vor.

- 8.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.

Vorlage: VI/2014/00269

Hierzu liegt ein Änderungsantrag unter TOP 8.6.1 vor.

- 8.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Schutzziele des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm

Vorlage: VI/2014/00323

Hierzu liegt eine geänderte Fassung vor.

13. Anträge auf Akteneinsicht

Hierzu liegen drei Änderungsanträge unter TOP 13.1, 13.2 und 13.3 vor.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte darauf aufmerksam, dass ihrer Ansicht nach, die Tagesordnungspunkte

- 7.5 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle(Saale) und der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Denkmal-Skulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2014/00154

und

- 7.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl (CDU), Dr. Annegret Bergner (CDU), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage VI/2014/00154, Denkmalskulptur in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2014/00341

nicht behandelt werden können, da die Vorlage im Kulturausschuss noch nicht abschließend beraten wurde. Es habe kein Votum aus dem Kulturausschuss zu diesem Antrag gegeben.

Auf die Nachfrage von **Herrn Lange** stimmten die Antragsteller einer nochmaligen Behandlung im Kulturausschuss zu. Damit wurde der Antrag von der Tagesordnung genommen und zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss verwiesen.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, merkte an, dass es im öffentlichen Teil eine Vorlage zum Standort des Planetariums gäbe und im nicht öffentlichen Teil unter TOP 4 die Befassung mit dem Grundstückserwerb. Da beide Themen zusammenhängen, fragte er an, ob der nicht öffentliche TOP 4 öffentlich behandelt werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, beantragte er, die Diskussion zum nicht öffentlichen TOP 4 vor der öffentlichen Beratung zur Entscheidung zum Standort Planetarium zu führen.

Die Verwaltung und der Stadtrat stimmten sich darauf ab, vor Eintritt in die Pause den nicht öffentlichen TOP

- 4.4. Erwerb eines 1/2 Miteigentumsanteils an einem Grundstück

Vorlage: VI/2014/00037

in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln und dann entsprechend die Sitzung mit dem TOP

6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2014/12542

öffentlich weiter zu führen.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte nach, weshalb der TOP

8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)

Vorlage: VI/2014/00304

auf der Tagesordnung stehe, da seiner Ansicht nach die Kommune hierfür nicht zuständig sei. Er bat um eine Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Laut der Aussage von **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, sind die kommunalen Interessen und deren Wahrnehmung in den jeweiligen Gremien Gegenstand der Beschlussfassung. Bereits in der vergangenen Wahlperiode sei ein derartiger Beschluss gefasst worden.

Herr Scholtyssek erwiderte, dass sich der Antrag auf rein konstruierte Befürchtungen beziehen würde, Kommunen könnten irgendwie beeinträchtigt werden. Deshalb sehe er keine Zuständigkeit und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrats, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Nichtbefassung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Damit verbleibt der Antrag auf der Tagesordnung.

In Bezug auf die Vorlagen zum Standort des Planetariums und zum Erwerb eines Grundstückes erinnerte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, daran, dass eine Abhängigkeit zwischen den Beschlussvorlagen besteht und es passieren könne, dass das Grundstück zwar erworben wird, jedoch der Beschluss nicht gefasst werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2014

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29.10.2014 gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung unter Beachtung der Hinweise des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt zu § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: VI/2014/00335
 - 6.2 Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: VI/2014/00125
 - 6.3 Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung)
Vorlage: VI/2014/00127
 - 6.4 *Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung*
Vorlage: V/2013/12291 *vertagt*
 - 6.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)*
Vorlage: V/2014/12767 *vertagt*
 - 6.5 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12756
 - 6.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bart (CDU/FDP), Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage „Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)“
Vorlage: VI/2014/00340
 - 6.5.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: VI/2014/00399
 - 6.6 Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung - Satzungsänderung
Vorlage: VI/2014/00179
 - 6.7 Oelhaf-Zeysesche-Stiftung - Satzungsänderung
Vorlage: VI/2014/00182
 - 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-33 Ausbau der Pfännerhöhe
Vorlage: V/2014/12467
 - 6.9 Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00022
 - 6.9.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft – Gestaltungsbeschluss (VI/2014/00022)
Vorlage: VI/2014/00354

- 6.10 Einziehung von Teilflächen der Straße Am Brunnen und der Straße Am Hügel, gelegen am Grundstück Am Brunnen 6 (Freiwillige Feuerwehr Dörlau)
Vorlage: VI/2014/00185
- 6.11 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2015, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: VI/2014/00025
- 6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542
- 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)" - Vorlagen-Nr.:
V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00366
- 6.12.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle – Vorlagen-Nummer: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00386
- 6.12.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00431
- 6.13 Jahresabschluss 2013 des EB ZGM
Vorlage: VI/2014/00208
- 6.14 Anträge zur Beseitigung der Flutschäden der Eissporthalle und Nebengebäude
Vorlage: VI/2014/00417
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen*
Vorlage: V/2014/12602 vertagt
- 7.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel
Vorlage: V/2014/12596
- 7.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)*
Vorlage: V/2014/12851 abgesetzt
- 7.3 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen*
Vorlage: VI/2014/00236 vertagt
- 7.4 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse*
Vorlage: V/2014/12753 vertagt
- 7.5 *Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle(Saale) und der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Denkmal-Skulptur zur Würdigung*

- moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt*
 Vorlage: VI/2014/00154 *vertagt*
- 7.5.1 *Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl (CDU), Dr. Annegret Bergner (CDU), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage VI/2014/00154, Denkmalskulptur in Halle-Neustadt*
 Vorlage: VI/2014/00341 *vertagt*
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur Neufassung der Geschäftsordnung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtrat und seine Ausschüsse
 Vorlage: VI/2014/00333
- 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Übertragung der städtischen Wasserspiele an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
 Vorlage: VI/2014/00326
- 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu anwaltlichen Beratungsverträgen
 Vorlage: VI/2014/00325
- 8.4 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP) zum Haushalt der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: VI/2014/00266
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
 Vorlage: VI/2014/00304
- 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
 Vorlage: VI/2014/00428
- 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.
 Vorlage: VI/2014/00269
- 8.6.1 Änderungsantrag der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e. V
 Vorlage: VI/2014/00427
- 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Schutzziele des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm
 Vorlage: VI/2014/00323
- 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
 Vorlage: VI/2014/00421
- 8.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

Vorlage: VI/2014/00422

9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Händelhalle
Vorlage: VI/2014/00214
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP) zu Beißattacken von Hunden
Vorlage: VI/2014/00330
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP) zur Konzeption der Wirtschaftsförderung
Vorlage: VI/2014/00331
- 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorbereitung des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus
Vorlage: VI/2014/00316
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum "KulturTREFF Halle-Neustadt"
Vorlage: VI/2014/00315
- 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Sachverhalt "Essensteilnahme von Kindern in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: VI/2014/00306
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Fördergeldern für den Klimaschutz
Vorlage: VI/2014/00313
- 9.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Illegales Parken in der verlängerten Warneckstraße
Vorlage: VI/2014/00307
- 9.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Bedarf an Grundstücken für den Eigenheimbau in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00310
- 9.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Fußwegebau in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00311
- 9.11 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Sachstand unseres Prüfantrages "Kunst im öffentlichen Raum" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11360)
Vorlage: VI/2014/00308
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Künstlerhauses 188
Vorlage: VI/2014/00322
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Verwendung von Fördermitteln zur Beseitigung der Folgen des Hochwassers im Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00324
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Brache zwischen Charlottenstraße und Gottesackerstraße

Vorlage: VI/2014/00328

- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkauf und Anmietung von Gebäuden und Grundstücken
Vorlage: VI/2014/00332
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beplanung und Bewirtschaftung von Grünflächen
Vorlage: VI/2014/00232
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Beschlüssen zur Kleingartenkonzeption
Vorlage: VI/2014/00334
- 9.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schulentwicklungsplanung 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: VI/2014/00329
10. Mitteilungen
- 10.1 Information zur Erhöhung der Verkehrssicherheit um den August-Bebel-Platz
Vorlage: VI/2014/00100
- 10.2 Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014
Vorlage: VI/2014/00175 vertagt
- 10.3 Erster gemeinsamer Psychiatriebericht der Versorgungsregion Stadt Halle (Saale) und Landkreis Saalekreis
Vorlage: VI/2014/00176
- 10.4 Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen
Vorlage: V/2014/12726
- 10.5 Stand Umsetzung aktueller Beschlüsse des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2014/00344
- 10.6 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 - 2018
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die vorliegenden Unterlagen zur Erstellung von Wassertourismus- und Saalepromenadenkonzept
- 13.2 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Gesellschafterunterlagen zur Erstellung des Wirtschaftsplanes der Stadtmarketing Halle GmbH für das Jahr 2015
- 13.3 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Fraktion in das Gutachten zu den Altlasten am

geplanten Standort des Neubaus des Planetariums (Gasometer)

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2014

Es lag keine Niederschrift vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29.10.2014 gefassten Beschlüsse

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung vom 29.10.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

**zu 4.1 Personalangelegenheit
Vorlage: VI/2014/00209**

Beschluss:

Die Dienstaufsichtsbeschwerde von Frau Eveline und Herrn Helmut Gobsch vom 03. August 2014 gegen Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand wird zurückgewiesen.

**zu 4.2 Vergabebeschluss: FB 10-L-06/2014: Umzüge von Dienststellen der Stadtverwaltung und Transportleistungen im Jahr 2015 und 2016
Vorlage: VI/2014/00029**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Firmen

Comfort-Umzüge	und	Messerschmidt	und	F. Stamm
Bruckner Straße 13		Angerstraße 18		Freirodaer Weg 9 - 11
06110 Halle (Saale)		06118 Halle (Saale)		04435 Schkeuditz

zu den Einzelpreisen (siehe Anlage) bis höchstens 375.000,00 € für den Leistungszeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015 mit der Option auf Verlängerung um ein Jahr bis 31.12.2016 den Zuschlag zu erteilen.

**zu 4.3 Änderung zur Vorlage Nr. V/2014/12425 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objekts Brüderstraße 5
Vorlage: VI/2014/00095**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Durchführung der Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des denkmalgeschützten Objektes Brüderstraße 5 inklusive des Ersatzneubaus im Innenhof mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss zu fördern.
2. Die Höhe des Zuschusses entspricht pauschal 72 % der durch den Landesbetrieb „Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt“ (BLSA) festzustellenden förderfähigen Kosten, maximal jedoch der Höhe der, durch das Landesverwaltungsamt im Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ zweckgebunden für dieses Vorhaben bewilligten Mittel (1.760.000,00 €).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verträge abzuschließen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

In Bezug auf die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass die Ansiedlung von ebay Fortschritte mache. Es gäbe sehr engen Kontakt mit der Geschäftsführung. Die Zusammenarbeit sei hervorragend und man gehe weiter von einer Eröffnung im März 2015 aus.

Zur Bombenentschärfung im Stadtteil Heide-Süd am 20.11.2014 berichtete **Herr Oberbürgermeister Wiegand**, dass sich die Einsatzzeit des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse von 15:00 Uhr bis 23:00 Uhr erstreckte. Dabei waren 290 Kräfte im Einsatz und 128 Personen in Bereitschaft. Insgesamt waren 2.100 Personen betroffen. Die Aufnahmestelle befand sich Am Stadion 5, wo sich insgesamt ca. 100 Personen einfanden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei den Hilfskräften, welche zur absoluten Zufriedenheit gearbeitet hätten. Dies zeige deutlich, dass die Einsatzkräfte innerhalb der Stadt in der Lage sind, solche Gefahrensituationen zu bewältigen.

Des Weiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Veränderungen in der Verwaltung zum 01.01.2015, welche sich auch im Haushaltsplan widerspiegeln.

Das Jobcenter und der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung werden dem Geschäftsbereich IV - Bildung und Soziales - zugeordnet, die Immobilienverwaltung dem Geschäftsbereich III - Kultur und Sport - und der Fachbereich Wissenschaft wird in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters integriert.

Die Konzepte zur Abgrenzung des Fachbereiches Wissenschaft, des Dienstleistungszentrums Wirtschaft und der Ansiedlungs GmbH liegen vor und sollen im Wirtschaftsausschuss beraten werden.

Er informierte weiter darüber, eine Übersicht zu den Marketingaktivitäten der Stadt zur Verfügung zu stellen, welche ebenfalls im Wirtschaftsausschuss diskutiert werden soll.

Zu den geplanten Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro hat sich im Vergleich zum letzten Monat nichts geändert.

Baufortschritte gäbe es beim Umbau Rannischer Platz, beim Bahnknoten Halle sei eine intensive Bautätigkeit zu verzeichnen. Die Bahn ist bereits bei der Verlegung der Gleisanlagen, so dass der Baufortschritt und Bauzeitenplan im Soll liegen.

In Bezug auf den Gimritzer Damm führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass das Landesverwaltungsamt die Deichführung endgültig genehmigt habe. Gründe dafür wurden aus den entsprechenden Wassergesetzen des Landes Sachsen-Anhalt abgeleitet und im Bereich Gefahrenabwehr auch angeordnet. Man befinde sich hier im übertragenen Wirkungskreis.

Darüber hinaus hat das Landesverwaltungsamt mit der Genehmigung auch die sofortige Vollziehung angeordnet und der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft mit der Ausführung begonnen.

Zu den Flutmitteln insgesamt habe sich in den einzelnen Bereichen relativ wenig verändert zum letzten Vortrag. Die Stadt habe jetzt inzwischen eine Fördermittelbewilligung erhalten in Höhe von ca. 71 Mio. Euro. Nach den entsprechenden Beschlussfassungen im Stadtrat soll die Beantragung der Mittel für die Eishalle an die Investitionsbank erfolgen.

Beim Osendorfer See sei eine Antragstellung am 12.12.2014 geplant, ebenso für das Planetarium, das Peißnitzhaus, die Parkeisenbahn und das Ruderhaus am Ruderkanal. Damit befindet man sich mit der Fristsetzung 31.12.2014 unabhängig von einer möglichen Fristverlängerung des Landes im Plan.

Bezüglich des Haushaltes 2015 wurden in den einzelnen Ausschüssen bislang kaum politische Veränderungen vorgenommen. Die von den Stadträten getroffenen Änderungen und Entscheidungen wurden von der Verwaltung geprüft und vorbereitet. Zurzeit gäbe es eine Überziehung von 2,1 Mio. Euro, mit der man sich im Laufe der weiteren Verhandlungen beschäftigen müsse.

Zu den Beteiligungen teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass beim Zoo und auch bei der SMG (Stadtmarketing GmbH), wie auch schon bei der TOO (Theater, Oper und Orchester GmbH) und dem MMZ (Multimediazentrum) dargestellt, der Grundsatz gelte, auf der Grundlage eines Konzeptes die weiteren Vorbereitungen zu treffen, damit ein Wirtschaftsplan beschlossen werden kann. Denn letztendlich sei es nicht zulässig, ohne Konzept diesbezüglich Gelder aus dem städtischen Haushalt freizugeben.

In Bezug auf die Liquidationskredite informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über vorgenommene Veränderungen.

Auf die Verpflichtungsermächtigungen wurde ein Nachtrag erlassen. Dazu sei am 20.11.2014 ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes eingegangen, in welchem festgelegt sei, dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag von 350 Mio. Euro weiterhin gültig ist. Dieser Höchstbetrag übersteigt ein Fünftel der Einzahlung aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan und ist deshalb nach der neuen Kommunalverfassung genehmigungspflichtig. Eine kommunalaufsichtliche Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite, so heißt es weiter in dem Schreiben des Landesverwaltungsamtes, kann nur erfolgen, wenn bei der Stadt Halle ein entsprechender Liquiditätsbedarf aufgrund von Kassenbestandsschwankungen aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen besteht.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**zu 6.5.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Konzeption zu Städtepartnerschaften und
Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: VI/2014/00399**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Es wird ein Beschlusspunkt 2 mit folgendem Text eingefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Konzeption bis zur Juni-Sitzung 2015 fortzuschreiben. In dieser Konzeption sollen für jede Partner- bzw. Freundschaftsstadt eine Zusammenfassung der bisherigen Akteure und Aktivitäten sowie die jeweiligen Schwerpunkte und Ziele der einzelnen Städtepartnerschaft bzw. –freundschaft festgeschrieben werden.“

2. Es wird ein Beschlusspunkt 3 mit folgendem Text eingefügt:

„Die Fortschreibung der Städtepartnerschaftskonzeption wird von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus der Verwaltung und den Stadtratsfraktionen, begleitet und erarbeitet.“

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bart (CDU/FDP), Dr. Annegret
Bergner (CDU/FDP), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike
Wünscher (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage Konzeption zu
Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der StadtH
Vorlage: VI/2014/00340**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung	
B.-Punkt 1	mehrheitlich zugestimmt 1 Nein Stimme
B.-Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 3	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 4	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird erweitert durch nachfolgend aufgeführte Punkte.

Um die Konzeption umzusetzen werden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Einstellung eines Haushaltstitels in den HH 2015 (50T€).
2. Begrüßungsmappe für die Gäste aus den Partnerstädten ähnlich der Begrüßungsmappe für Studenten.

3. Benennung eines Ansprechpartners und Koordinators in der Stadtverwaltung, der dann die Besucherprogramme erstellt.

**zu 6.5 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12756**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale).

Um die Konzeption umzusetzen werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- a. **Einstellung eines Haushaltstitels in den HH 2015 (50T€).**
 - b. **Begrüßungsmappe für die Gäste aus den Partnerstädten ähnlich der Begrüßungsmappe für Studenten.**
 - c. **Benennung eines Ansprechpartners und Koordinators in der Stadtverwaltung, der dann die Besucherprogramme erstellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Konzeption bis zur Juni-Sitzung 2015 fortzuschreiben. In dieser Konzeption sollen für jede Partner- bzw. Freundschaftsstadt eine Zusammenfassung der bisherigen Akteure und Aktivitäten sowie die jeweiligen Schwerpunkte und Ziele der einzelnen Städtepartnerschaft bzw. -freundschaft festgeschrieben werden.**
 3. **Die Fortschreibung der Städtepartnerschaftskonzeption wird von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus der Verwaltung und den Stadtratsfraktionen, begleitet und erarbeitet.**

**zu 6.6 Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung - Satzungsänderung
Vorlage: VI/2014/00179**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Paragraphen der Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung zu ändern:
 - a.) § 2 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.“

b.) § 11 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft an die Stadt Halle (Saale), die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Stiftungssatzung zu verwenden hat.“

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.

**zu 6.7 Oelhafe-Zeysesche-Stiftung - Satzungsänderung
Vorlage: VI/2014/00182**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Paragraphen der Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung zu ändern:

c.) § 2 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.“

d.) § 11 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft an die Stadt Halle (Saale), die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Stiftungssatzung zu verwenden hat.“

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.

**zu 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-33 Ausbau der Pfännerhöhe
Vorlage: V/2014/12467**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um Einzelabstimmung der einzelnen Beschlusspunkte. Seiner Meinung nach bestehe ein qualitativer Unterschied darin, ob es noch eine Beschlussfassung gibt oder ob man im Planungsausschuss eine Information erhält.

Durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde klargestellt, dass die Verwaltung für die Projekte im Stadtbahnprogramm extra mit einer gemeinsam diskutierten Vorlage ein Vorlagenbeschlusswesen aufgebaut habe.

Bei der Baumaßnahme muss die Barrierefreiheit der Haltestelle beachtet und insbesondere auch die Rampenneigung und Rampenlängen für die Zufahrt berücksichtigt werden. Ziel ist es, die Verknüpfung zwischen Straßenbahn und Bus in Richtung Norden des Saalekreises zu optimieren.

Da die Spielräume gering sind und es für den weiteren Zeitablauf wichtig ist, machte er darauf aufmerksam, dass man in zeitliche Bedrängnis käme, wenn ein zusätzlicher Beschluss gefasst werden muss. Ebenso hätten weitere Änderungen Auswirkungen auf die Planfeststellungsbeschlüsse. Aus diesem Grund gäbe es den Gestaltungsbeschluss, welcher in den Gremien noch einmal vorgestellt wird.

Zur Verschiebung der Straße äußerte sich **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dahingehend, dass ein gewisser Abstand zur Fahrbahn in diesem Gebiet geboten sei. Seiner Meinung nach könne der Abstand von 1 bis 1,5 Meter in der Planung mit berücksichtigt werden.

Aus diesem Grund warb er ausdrücklich für die Annahme des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM.

Herr Beigeordneter Stäglin wies abschließend auf den Lageplan hin, in welchem eine Gehwegbreite von 2,30 Meter angegeben ist. Diese 2,30 Meter würden sich an die Säulen des Vordaches anschließen und als Einstiegsfläche genutzt werden.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Feigl merkte er an, dass es darum geht, ob man noch 1,50 Meter Spielraum hätte oder nicht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um getrennte Abstimmung der Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages.

**zu 6.9.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft – Gestaltungsbeschluss (VI/2014/00022)
Vorlage: VI/2014/00354**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 2 mehrheitlich abgelehnt

B.-Punkt 3 mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird mit den Beschlusspunkten 2 und 3 ergänzt:

- 1. Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Dessauer Straße und Neubau Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.*

**zu 6.11 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2015, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: VI/2014/00025**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund werden beschlossen.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass der TOP

6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542

erst nach der Pause beraten werden soll.

Davor werde in nicht öffentlicher Sitzung der Tagesordnungspunkt

4.4. Erwerb eines 1/2 Miteigentumsanteils an einem Grundstück
Vorlage: VI/2014/00037

aus dem nicht öffentlichen Teil behandelt.

Auf Grund dessen wurde die Tagesordnung mit dem TOP 6.13 weitergeführt.

**zu 6.13 Jahresabschluss 2013 des EB ZGM
Vorlage: VI/2014/00208**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt:

Jahresverlust:	556.583,57 €
Bilanzsumme:	25.817.585,39 €

2. Dem Betriebsleiter des EigenBetriebs Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2013 gemäß § 19 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

3. Der Jahresverlust in Höhe von 556.583,57 Euro wird durch Entnahme aus der

Rücklage ausgeglichen.
**zu 6.14 Anträge zur Beseitigung der Flutschäden der Eissporthalle und
Nebengebäude
Vorlage: VI/2014/00417**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 6.14 und 6.14.1 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Gibt es jetzt zu 6.14 Wortmeldungen?

Zwischenrufe

Da muss die Verwaltung sich melden. Ich kann doch nichts dafür, wenn die Verwaltung sich nicht meldet und was sagen will.

Herr Oberbürgermeister, als Hauptverwaltungsbeamter.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich weiß zwar nicht, warum Sie so aggressiv reagieren, aber bei uns trägt Frau Dr. Marquardt vor. Bitteschön.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es geht bei dieser Dringlichkeitsvorlage darum, dass wir gerne die Anträge rechtzeitig stellen möchten für die Ersatzbauten für die Eissporthalle und auch für die Nebengebäude.

Sie wissen, dass wir ursprünglich den Eisdome gebaut haben als Ersatz für die zwei Nebenturnhallen am Gimritzer Damm. Nach den Diskussionen in den letzten Wochen wurde klar erkennbar, dass der Bedarf an einer Mehrfeldersporthalle in der Innenstadt noch größer ist als dort an der Selkestraße, wo der Eisdome ist, so dass der Vorschlag der Verwaltung ist, dass der Eisdome ausgebaut wird zur richtigen, endgültigen Eissporthalle und die Mehrfeldersporthalle - Ersatz für die zwei Turnhallen und die Nebengebäude - in der Innenstadt aufgebaut wird.

Der Eisdome war ursprünglich als Mehrzweckhalle gedacht für die interimistische Nutzung für Eissport und in einem zweiten Bauteil sollte diese ausgebaut werden. Dieser zweite Bauteil würde dann genutzt werden, um das als endgültige Eissporthalle auszubauen.

Was wir brauchen ist das Votum des Stadtrates, ob Sie mitgehen, dass wir die Anträge so stellen können. Wir müssten nämlich auch Planungsleistungen jetzt schnell in Anspruch nehmen für diese Projekte.

Deswegen bitte ich auch um eine Entscheidung heute.

Herr Lange

So, jetzt habe ich Herrn Feigl als erste Wortmeldung gesehen.

Die Frage ist jetzt, ob Herr Wolter und Herr Häder, die hatten sich vorhin noch mal kurz gemeldet, ob das auch noch Wortmeldungen sind, die nach der Erklärung aufrechterhalten werden.

Also Herr Feigl hat jetzt erstmal das Wort und ich bitte dann, mir weitere Wortmeldungen anzuzeigen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch wenn es ja schon vorsichtig in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, überrascht es dann doch, dass so eine Wende jetzt eintritt. Und es sind ganz, ganz viele Fragen, die auf einmal aufkommen.

Was zieht denn das alles nach sich, wenn man den jetzigen Eisdome zu einer dauerhaften Eissporthalle ausbaut?

Also ich denke, dass dieses Bauwerk, wie es dort errichtet wurde, durchaus einen provisorischen Charakter hat. Wenn man so ein bisschen im Baugewerbe unterwegs ist, dann weiß man auch, was alles nötig ist, um ein dauerhaftes langfristiges Gebäude zu errichten und was man eventuell unterlassen kann, wenn man ein provisorisches Gebäude errichtet.

Für mich stellt sich auch die Frage, was an Kosten das alles nach sich zieht, um dann sozusagen ein besseres Zelt zu einem festen Gebäude, wenn es zu einem festen Gebäude umgebaut wird.

Also es sind so ... wirklich, am liebsten würde ich das ganz gern noch mal, also wenn es jetzt nicht so eilen würde, am liebsten würde ich das ganz gern noch mal in den Fachausschuss diskutieren, was das denn alles für Folgen hat. Aber vielleicht können Sie ja die eine oder andere Sache mal hier ein Stückchen anreißen, wie Sie sich also die Ertüchtigung dieses Gebäudes rein technisch vorstellen, was wir da uns verstehen müssen. Und wie das sozusagen auch im Kostenverhältnis steht zu, was würde denn ein Neubau einer Eissporthalle kosten, wenn wir sie einfach planen als festes Gebäude und im Vergleich zu dem Zwischenschritt, den wir jetzt mit diesem Eisdome haben?

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Der jetzige Eisdome war schon immer gedacht als ein festes Gebäude, aber eben für Mehrzwecknutzung für verschiedene Sportarten. Insofern war das immer gedacht als etwas, was bleibt.

Was gemacht werden muss ist natürlich der Ausbau der Tribünen und Entlüftung, Belüftung, das muss auch fest gemacht werden. Das steht auch in der Begründung. Und natürlich die Funktionen, die derzeit im Container untergebracht sind, wie Umkleide und Sanitär. Die müssten in Anbauten untergebracht werden.

Aber das war auch schon vorgesehen für die Nutzung als Mehrzwecknutzung als modulare Sporthalle nach der Nutzung als Eissport. Insofern waren schon immer zwei Bauabschnitte vorgesehen. Nur der zweite Bauabschnitt würde dann eben die Verwandlung in die endgültige Eissporthalle sein. Und diese Mehrzweckhalle würde an anderer Stelle aufgebaut werden.

In Vorabgesprächen wurde bestätigt, dass dies auch im Rahmen der Flutmittel erfolgen könnte.

Herr Lange

Herr Feigl, gleich als Nachfrage.

Herr Feigl

Die Antworten, die ich jetzt gekriegt habe, finde ich so lapidar, dass ich das so nicht akzeptieren kann.

Also natürlich gibt es einen erheblichen Unterschied, gerade was die Außenwandgestaltung angeht, ob man einen provisorischen Eisdome dort hinstellt oder ob man eine auf Dauer funktionierende Eissporthalle dort hinstellt. Die hat natürlich eine ganz andere Wärmedämm-anforderung und weiß ich nicht was alles.

Also von daher, das einfach mal ... wir haben das ohnehin so geplant, finde ich also ein bisschen sehr zu kurz gesprungen.

Und das zweite, was mir auf Anhieb einfällt, ist der Hinweis vom Bauordnungsamt, was sozusagen die Nutzung des jetzigen Eisdoms angeht, dass die Nutzung auf eine bestimmte Besucherzahl auch beschränkt ist. Und das es auch schon für die Hauptspiele des Eisvereins, sozusagen Ausnahmegenehmigungen braucht, um den Sicherheitsbetrieb

sicher zu stellen.

Ist das mittlerweile geklärt oder spielt das jetzt überhaupt keine Rolle mehr?

Vielleicht kann ja das Bauordnungsamt jetzt dazu noch eine kurze Ansage machen?

Also ich finde das alles sehr schwierig, wenn man sehr kurzfristig solche Vorlagen hat, die wirklich sehr viel nach sich ziehen, wo man wirklich ernsthaft darüber nachdenken muss, ob das alles so aufeinander passt.

Und dann wieder mit diesem Zeitdruck, jetzt reagieren zu müssen und zu sagen, o.k. wir geben das jetzt frei.

Ich will auch sagen, dass die Grundidee uns durchaus gefällt, zu sagen, o.k. wir haben nur noch eine Eissporthalle und die bauen wir so aus. Aber da hängt eben doch eine ganze Menge dran und das sehe ich nicht geklärt.

Herr Lange

Frau Dr. Marquardt kann darauf noch antworten.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Natürlich muss in der Planung, in den Planungsleistungen die jetzt mit Hochdruck erfolgen müssen, müssen die Details ausgearbeitet werden. Aber grundsätzlich ist das möglich. Das wurde bestätigt von Planungsbüros.

Was den jetzigen Zustand angeht, wir haben eine Baugenehmigung für knapp 1.400 Plätze. Und das ist normal. Das ist das, was gilt. Das ist das, was die Sportvereine kennen. Natürlich möchten sie mehr. Und diese Variante war immer als Interimsnutzung gedacht, bis die endgültige Eissporthalle kommt. Das müsste ausgebaut werden, damit, wie gesagt, dreieinhalb bis viertausend Plätze möglich sind. Damit die Vereine auch die Zuschauerzahlen haben, die für sie interessant sind, auch wirtschaftlich.

Herr Lange

Gut, Herr Wolter.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich wollte erst mal an die SPD zurückspielen. Ich finde, die Fragen die Sie angekündigt haben als mündliche Anfragen hier zu stellen im Stadtrat, richtig.

Und fände es von Ihnen, Frau Dr. Marquardt passend, wenn Sie einen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung bekommen, dass Sie einfach diese Fragen, die zu diesem Thema schon schriftlich vorbereitet sind, einfach mal abarbeiten.

Weil ich glaube, da ist gefasst, das was uns alle beschäftigt. Vielleicht könnten Sie das als Einlassung noch mal ausführen. Da ist sozusagen die Fragestellung genau die, die Herr Feigl aufgerufen hat, ja noch mal fixiert. Und das ist vielleicht eine gute Grundlage dazu.

Ich will nur auch noch mal das bekräftigen. Wir sind da auch nicht abgeneigt, so einen Weg zu gehen. Aber in dieser Vorlage, wo wirklich nicht wirklich, also für uns jetzt fundiert, in aller Kürze nachzuweisen ist, was Sie jetzt genau dort vorhaben. Wir haben bestimmte Probleme dort, auch an dem Interimsbau. Das wissen Sie.

Wir wissen aber auch, in der Vorlage von Herrn Rauschenbach damals, in der Beschlussfassung, dass uns klar gesagt wurde, ich glaube da können sich alle noch daran erinnern, weil viele nachgefragt haben, wie lange ist denn diese . . . wie lange steht denn der Eisdome? Da wurde uns klar mitgeteilt fünfzehn Jahre. Länger kriegt dieses Gebäude keinen TÜV. Länger kann diese Bauweise sozusagen als Halle überhaupt nicht genutzt werden. Oder es müsste dann wieder Geld angefasst werden, um eine längerfristige Nutzung zu erreichen.

Und Sie sagen uns jetzt o. k. wir machen jetzt eine dauerhafte Lösung, aber das ist schon sozusagen 2029 erledigt. Das finde ich also wirklich sehr gewagt. Und so was muss man natürlich dann auch fragen können oder man muss zumindest eine Information kriegen.

Es ist anders. Es ist damals zwar so gesagt worden. Es ist jetzt anders ausgeführt.

Und das zweite, was mich jetzt noch interessiert, im Sinne der Veränderung Ihrer gesamten Planung, das ist vielleicht auch nicht an Sie gerichtet Frau Dr. Marquardt, sondern mehr an Herrn Dr. Wiegand. Hier ist ja eine Lösung vom Eissport, die wir ja sozusagen seit der Flut begleiten als Stadtrat. Wir sind immer sehr reagierend. Es gab jetzt kein Vorgespräch von Ihnen, Frau Dr. Marquardt oder von Ihnen, Herr Dr. Wiegand, in irgendeiner Form zu der Problematik. Wir haben das aus der Zeitung gehört. Sie hatten jetzt auch nicht das Interesse, das vorgestern in der Fraktionsvorsitzendenrunde zu machen, um das vielleicht mal anzudiskutieren und uns die Möglichkeit zu geben, dass in die Fraktionen zu tragen.

Also mich würde wirklich interessieren, was ist der konkrete Anlass? Was ist wirklich der Anlass, jetzt die Planung zu ändern? Gibt es da irgendein Signal, dass diese Kostenplanung jetzt explodiert? Gibt es irgendwo einen Anlass, dass das nicht funktioniert, wie wir das uns jetzt ja auch mit dem Beschluss gedacht haben, alle gemeinsam, Sie genauso, wie unterstützt durch einen Beschluss vom Rat? Es muss ja irgendwo einen Grund geben, dass wir jetzt so eine Kurve ziehen. Das würde ich gern wissen als erstes und dann könnten Sie vielleicht die SPD-Fragen nutzen.

Herr Lange

Frau Dr. Marquardt

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Ich antworte gerne im Anschluss auf die SPD-Fragen, sobald ich kann im Moment.

Natürlich müssen Bauarbeiten passieren, um das zu ertüchtigen, sozusagen für die endgültige Lösung als Eissporthalle. Die genauen Maßnahmen kann ich Ihnen noch nicht sagen, weil die Planer noch arbeiten müssten. Dazu brauchen wir den Auftrag.

Es ist aber grundsätzlich möglich, das haben uns Planer schon bestätigt, dass wir diesen Eisdome ertüchtigen können, damit es eine dauerhafte Eissporthalle wird. Dafür brauchen wir aber das Signal, dass wir das dürfen.

Was der genaue Anlass ist, natürlich überprüfen wir ständig die Nachnutzung von dem Eisdome. Es war gebaut als Interimslösung für Eissport aber dauerhaft für andere Sportarten. In diese Überprüfung und auch insbesondere im Hinblick auf die Diskussionen zum Schulentwicklungsplan, in denen klar wurde, dass ein neues Gymnasium erforderlich ist, was auch eine Turnhalle braucht, haben wir gesehen, dass der Bedarf an Sportstätten, insbesondere aus schulischer Sicht, so ist, dass es eher nicht in Neustadt ist, sondern eher in der Innenstadt. Deswegen kam in den letzten Wochen dieser Gedanke, dass man das nutzen könnte, dass das eine noch bessere Nachnutzung wäre.

Zu den Fragen von der SPD, wann beabsichtigt die Verwaltung dem Stadtrat ein Konzept vorzulegen in Bezug auf die dauerhafte Lösung? Wie gesagt, jetzt ist die Bitte, dass Sie zustimmen, dass wir überhaupt einen Antrag in diese Richtung schreiben. Und natürlich müssen erst mal die Feinarbeiten, gerade die Planungsarbeiten gemacht werden, damit wir die Details anbieten können.

Die Zielstellung ist der Ausbau des Eisdoms mit allen Funktionen der bisherigen Eissporthalle. Und dazu haben wir natürlich auch Kontakt mit den Eissportvereinen aufgenommen, aber schon im Oktober, im Hinblick auf die endgültige Eissporthalle überhaupt und grundsätzlich, was brauchen die Vereine von einer Eissporthalle.

Die Informationen haben wir eingesammelt und die gehen natürlich auch in den Antrag hinein, in die Planung hinein für die Eissporthalle. Wir möchten, dass diese Eissporthalle die ausgebaute Fassung des Eisdoms ist.

Die Ausbaumaßnahmen, die erforderlich sind, sind natürlich, dass sämtliche Funktionen der alten Eissporthalle da sind. Das heißt auch, die Anzahl der Zuschauerplätze, das heißt auch die Umkleieräume, die Sanitärräume innerhalb des Gebäudes und die technischen Anlagen, die erforderlich sind, die auch in der alten Eissporthalle waren.

So, wurde eine Stellungnahme der Vereine . . .? Die Vereine wurden wie gesagt im Oktober schon gebeten, ihre Anforderungen an die Eissporthalle an uns zu geben. Das haben sie getan. Natürlich müssen wir eine Abwägung treffen, denn nicht alles, was man sich wünscht, ist möglich. Aber natürlich versuchen wir, die Anforderungen optimal anzupassen.

Die finanziellen Auswirkungen im Zuge des Ausbaus? Es muss erst mal eine qualifizierte Planung folgen, aber in Vorabstimmungen würde das im Rahmen des Flutmittelantrages auch gefördert werden.

Und können die Maßnahmen mit Hilfe des Flutmittelfonds . . . ? Wir gehen davon aus, dass die Mittel des Fluthilfefonds das auch finanzieren können, denn wir haben eine Eissporthalle verloren und wir dürfen eine Eissporthalle aus dem Flutmittelfond wieder bauen.

Herr Lange

Gut, so dann hätte Herr Häder jetzt das Wort. Herr Häder.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich hätte noch mal eine Nachfrage, in welchem zeitlichen Rahmen denn die Umsetzung dann passieren soll, wenn wir das jetzt so beschließen würden? Wann dann dieser Ausbau des Eisdoms dann erfolgen würde? Und in wie weit schon geprüft wurde, wir haben ja jetzt die Tribünen und so was angemietet, ob dann diese Mietverträge unproblematisch vorzeitig beendet werden können oder dann quasi die Situation ist, dass man dann auch diese angemieteten Tribünen für den ursprünglichen Anmietungszeitraum dann weiter bezahlen muss?

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Es ist noch ein langer Weg. Erst mal muss der Antrag gestellt werden. Das muss geprüft werden, muss bewilligt werden. Dann muss die Planung erstellt werden. Das dauert eine lange Zeit.

Die Tribünen sind erst mal für drei Jahre angemietet. Wir gehen davon aus, dass wir das weiterhin brauchen. Wir hatten auch diese Tribünen für diesen Zeitraum angemietet, auch in der Erwartung, dass sie nur interimistisch für Eissport genutzt werden und dass es auch solange braucht, bis eine neue Eissporthalle steht.

Insofern hat sich an der Zeitschiene nichts geändert.

Herr Lange

So, Herr Dr. Meerheim als nächster.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich finde das eigentlich total in Ordnung was da steht. Gesamtwirtschaftlich betrachtet macht das, was die Verwaltung jetzt hier vorschlägt, total Sinn.

Wir müssen uns mal daran erinnern, wo wir herkommen. Wir hatten einen Beschluss gefasst aufgrund des Fluthilfeschadens zum Neubau einer Eissporthalle in der Blücherstraße. Ich erinnere daran, dass waren glaube ich knapp 14 Mio. Euro, die wir da im Kopf hatten, zu beantragen. Dazu hatten wir einen Beschluss gefasst, ursprünglich nur ein Ersatzdom. Wir haben dann noch mal draufgesattelt, weil dann die Kiste mit den Nebengebäuden kam, und haben gesagt, wir wollen dann diesen Eisdome doch jetzt verstetigen. Das heißt, aus einem Gebäude, was vielleicht zehn Jahre hält, eins auf dauerhafter Grundlage zu erstellen. Das ist

passiert.

Und gleichzeitig haben wir beschlossen, dass, wenn die Eissporthalle fertiggestellt ist, dass wir dann noch mal Geld in die Hand nehmen, aus dem Fluthilfefond, schon bestätigt. Denn wir haben ja schon mal vier Komma und noch was Millionen verbaut für den Eisdom, dann noch mal Geld in die Hand zu nehmen, um diesen Eisdom zu ertüchtigen.

Doch, Sie haben es nicht ganz verstanden. Mit etwa noch mal derselben Größenordnung.

Jetzt und parallel dazu, kommt jetzt noch was. Wir hatten auch einen Beschluss gefasst, im Rahmen der Anträge zum STARK III, dass wir am Steg über STARK III-Mittel, diese Turnhalle errichten. Jetzt hat aber das Land angezeigt, zu gucken, hallo was wollt ihr dann mit der Mehrzweckhalle machen, wenn ihr die neue Eissporthalle fertiggestellt habt. Und da war es offensichtlich so, dass wir als Stadt nicht ausreichend nachweisen konnten, dass wir die in vollem Umfang nutzen.

Und da hat man vernünftigerweise über einen Ausweg nachgedacht und der liegt uns jetzt hier vor. Das man gesagt hat, o.k. wir bauen dann nicht noch eine extra Eissporthalle, sondern wir ertüchtigen jetzt den vorhandenen Eisdom und die notwendigen technischen Parameter. Dazu gehört keine neue Dämmung. Die brauche ich im Eisdom wahrscheinlich eher nicht. Die hätte ich gebraucht, wenn ich die zur Mehrzweckhalle umgebaut hätte.

Aber die anderen technischen Parameter müssen natürlich dementsprechend ertüchtigt werden, nach Absprache auch mit den Vereinen, den Wünschen, auch die nicht alle in Erfüllung gehen werden. Das ist alles klar.

Und dann hat man gesagt, o.k. und jetzt stellen wir die Halle, die ursprünglich STARK III war, aus den Flutmitteln jetzt dahin. Und die wird sogar noch etwas größer und besser, als die normale Schulsporthalle, die wir über STARK III finanziert bekommen hätten. Nämlich so, dass sie also auch für den Vereinssport am Nachmittag und darüber hinaus zur Verfügung steht.

Das ist jetzt, so habe ich es verstanden, das Ziel, was mit dieser Vorlage verbunden wird.

Und wir sparen Geld gegenüber dem Steuerzahler. Das heißt, wir sparen öffentliche Gelder ein, die ansonsten ausgegeben worden wären, wo wir den Zweck nicht voll erfüllen hätten können in der Nutzung, wahrscheinlich. Und kommen jetzt zu dieser Lösung und die finde ich allemal besser, als vielleicht Geld zurückzahlen zu müssen, weil wir ein entsprechendes Nutzungskonzept für so eine Mehrzweckhalle in der Größenordnung wie am Standort des jetzigen Eisdoms nicht hätten vorlegen können. Weil, ich habe keine Schule im Umfeld, die diese umgebaute Mehrzweckhalle dann nutzen könnte am Vormittag. Ich habe also dort ein Problem.

Und das ist der Ausweg und den finde ich . . . , ich könnte mir vorstellen, dass wir das in der STARK III-Schule lassen, was wir da am Steg jetzt bauen wollen. Und dass wir außerdem die Mehrzweckhalle haben und außerdem den Eisdom.

Aber wenn es anders jetzt nicht geht wirtschaftlich und auch von der Nutzung her nicht vertretbar ist, weil es am Vormittag nicht umfänglich ausreichend so genutzt werden kann, dass es irgendwo noch darstellbar ist gegenüber dem Fördermittelgeber, dann ist das glaube ich die lukrativste für die Stadt Variante. Obwohl wir sicherlich noch eine Mehrzweckhalle für den Vereinssport hätten gebrauchen können.

Aber insofern können wir dieser Vorlage zustimmen und bitten darum, dass auch dieses Gremium heute hier in seiner Mehrheit dem zustimmt.

Herr Lange
Herr Dr. Wöllenweber

Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Der ganze Vorgang bestätigt mich in meinen Erfahrungen, auch eine alte DDR-Erfahrung, nichts ist dauerhafter als ein Provisorium.

Als das Ganze in Angriff genommen wurde mit dem Eisdome, habe ich unter uns schon gesagt, pass mal auf, das wird eine Dauerlösung werden. Dass es so schnell kommt, nach zwei Monaten nach Inbetriebnahme, überrascht dann doch schon ein wenig. Und man muss sich fragen, hätte man diese Überlegungen vor zwei Monaten nicht auch schon haben können. Das heißt, im Vorfeld war es ja etwa ein Viertel Jahr, was der ganze Bau gebracht hat.

Nun gehe ich gerne selber zum Eishockey und war letzten Freitag zum Pokalspiel, 5 zu 1 immerhin, sehr gut.

Herr Geier war da, Herr Scholtyssek war da und ich bin in Kenntnis dieser neuen Situation dort mit sehr wachen Augen mal durch diese Halle gegangen und habe mir das mal versucht vorzustellen. Im Moment sind das 1.500 Plätze über Behelfstribünen. Mit einer Ausnahmegenehmigung waren glaube ich schon mal 2.200 drin. Wenn man jetzt für 4.000, und ich habe mit Herrn Mischner gesprochen, dass das vom Verein her sozusagen die wirtschaftliche Größe ist, von der man ausgehen muss, um auf Dauer auch vielleicht in einer höheren Liga mal diese Eishalle zu betreiben, mindestens 4.000 Plätze sein müssen. Und in der alten Halle hatten wir die ab und zu mal. Wenn die Hannoveraner da waren, dann brannte die Luft dort.

Gut, ich habe grundsätzlich natürlich nichts gegen eine dauerhafte Lösung, die preiswert ist, das muss ich Herrn Meerheim zugestehen, dass das die Überlegung ist, unser aller Geld letztlich. Nicht unbedingt das Geld der Stadt.

Aber ich denke, hier müsste man nochmal vor allen Dingen mit den Vereinen wirklich die Abstimmung suchen, dass eine Lösung gefunden wird, die dann wirklich dauerhaft ist.

Herr Lange

Herr Doege

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Herr Wöllenweber, wir haben die gleichen Erfahrungen mit dem Provisorium. Auch mich hat das jetzt erstaunt in der kurzen Zeit.

Aber ich kann den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim soweit nicht ganz folgen. Ich müsste es ja fast in den Bereich der Spekulation verweisen, was er hier sagt. Das hätte doch von der Verwaltung kommen müssen. Wenn das alles so ist, wie Sie das sagen. Es kam aber nicht. Und in so weit bin ich hier schon etwas hin und her gerissen. Wer hat nun eigentlich mehr Informationen und wer hat sie zurecht oder zu unrecht. Sei es wie es sei.

Das hat mich schon etwas verwundert. Und das denke ich, gehört auch zur Offenheit hier gegenüber dem Stadtrat, dass die Verwaltung dann auch die Karten alle auf den Tisch legt. Denn das ist nun doch ein neuer Punkt.

Und was die nicht mehr Notwendigkeit einer Dreifeldersporthalle dort anbelangt, dass weiß man doch aber seit mindestens zwei, drei Jahren. Seit wir wissen, wir brauchen ein Gymnasium in der Innenstadt und dafür auch eine Sporthalle brauchen. Also das ist doch nun nicht ein überraschender Effekt, der nun innerhalb der letzten drei, vier, fünf Tage aufgetreten ist.

Das ist mit irgendwo etwas alles ungereimt. Das möchte ich zumindest dazu mal sagen.

Auf der anderen Seite ist dieser Baukörper, wenn er denn ertüchtigt werden soll, vielleicht sogar noch für mehr Zuschauer, dann kann es schon sein, dass er aus den Nähten platzt. Also dieser Umbau denke ich, wird schon etwas größer ausfallen, als wir uns das hier jetzt als Baulaien vorstellen können. Und vor allem, er ist ja da an einem recht beengten Platz reingezwängt worden, dieser Eisdome. Aus der Anwohnerschaft kommen schon Beschwerden hinsichtlich des Lärms, der sich durch den An- und Abfahrverkehr entwickelt. Das heißt, es muss über Parkplatzmöglichkeiten intensiv nachgedacht werden. Und wo. Wir sind nah an der Wohnbebauung. Wir alle kennen die Richtlinien über den Sportstättenlärm. Ich sage es nur, es ist nicht unser Ding, ist übertragener Wirkungskreis, weiß ich auch. Aber das sind alles Dinge, denke ich, die dabei uns noch Sorgen bereiten könnten, wenn man diesen Weg geht.

Ich will das einfach nur hier aus meiner Sicht sagen, weil genau dann das böse Erwachen dann kommt, wenn es um die Genehmigungsfähigkeit geht, dieser ganzen Sache. Und da bitte ich wirklich, sich deutlich Gedanken zu machen, wie man vor allem diesen Parkverkehr, da ja dann bei einer dauerhaften Eissportveranstaltungsnutzung im Wesentlichen liegt, also mehr Fahrzeuge bringt, als wenn es eine reine Sporthallennutzung ist, die man dann in drei, vier Jahren hätte.

Also das ist ein Punkt, wo ich ein bisschen Bauchschmerzen habe. Und das wollte ich zumindest hier thematisieren.

Herr Lange

Frau Wolff. Es ist alles schon gesagt. Gut.

Dann hat Herr Krause das Wort.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Fragen, die jetzt aufgetaucht sind, schon allein in diesen Beiträgen, Redebeiträgen, auch diese, ich nenne es nicht oberflächlich, aber die Beantwortungen, die sehr ungenau sind, von unseren Fragen, aus unserer Sicht zumindest, zeigen, wie wichtig bei einem solchen Vorhaben eine ordentliche Vorbereitungskonzeption ist. Und man sieht, dass diese fehlt. Und zwar an allen Ecken und Enden.

Wir als Stadträte, also ich habe das von den anderen auch gehört, folgen ja der Intention. Wir interpretieren ja sogar die Intention in diesem Antrag. Und wir werden als SPD-Fraktion der folgen. Werden der auch zustimmen. Aber die Fragen bleiben unbeantwortet.

Was ich gern noch wissen möchte ist, die Parteien im Landtag haben gemeinsam einen Antrag gestellt zur Verlängerung der Antragsperiode. Entscheiden muss der Bund. Gibt es Erkenntnisse, dass der Bund dem zugestimmt hat?

Ich meine, dann müsste man das ja nicht hier so ohne Konzeption de facto durchpauken, auch wenn wir sowieso irgendwie unter Zeitdruck stehen, dass wir das ganze irgendwie auch auf die Reihe kriegen wollen.

Aber solche wichtigen Fragen, die hier aufgetaucht sind, die müssen doch vorher geklärt werden, auch ehe man so eine Antragstellung macht.

Und ein letztes. Ich sehe das auch mit Blick auf Risiko für nicht allein städtische Mittel, sondern Steuergelder. Und da haben wir als Räte und als Verwaltung selbstverständlich auch eine Verantwortung.

Herr Lange

Herr Bernstiel

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen.

Also zunächst möchte ich gerne mal für mich persönlich meinen Unmut zu Protokoll geben. Denn Sie wissen ja, das Thema Eissporthalle liegt mir besonders am Herzen. Wir diskutieren da jetzt schon eine ganze Weile darüber und ich finde es einfach für mich als ehrenamtlichen Stadtrat nicht möglich, wenn ich gestern eine e-mail bekomme, nachmittags, mit allen möglichen Vorlagen zum Sachverhalt, über den wir ein halbes Jahr diskutieren.

Und jetzt sollen wir hier eine Grundsatzentscheidung treffen, auf einer doch recht dünnen Informationslage. Also ich fühle mich gerade momentan nicht sehr gut informiert und habe da auch . . . fühle mich da nicht beschlussfähig.

Und ich möchte ganz gerne auch den Antrag stellen, dass wir die Sitzung jetzt für ein paar Minuten unterbrechen, damit es die Möglichkeit gibt, die Information, die offensichtlich Herr Meerheim hat, auch mal in unsere Fraktion zu tragen. Denn offensichtlich weiß hier jeder ein bisschen was. Und vielleicht trägt das ja ein wenig zur Klärung der Situation bei und deswegen der Antrag, die Sitzung vielleicht für zehn Minuten zu unterbrechen.

Herr Lange

Das ist die Bitte um eine Auszeit. Ich sehe da keinen Widerspruch, da machen wir das so.

Pause

Herr Lange

Der Saal hat sich ein bisschen geleert, ich hoffe das ändert sich gleich. Und ich würde jetzt in der Rednerliste fortfahren. Ich habe auf der Rednerliste im Moment noch Herrn Schachtschneider, Herrn Bönisch und Herrn Eigendorf.

Dann hat Herr Schachtschneider jetzt als erster das Wort. Und Herr Schachtschneider ist nicht da, dann hat Herr Bönisch das Wort. Herr Bönisch ist auch nicht da, dann hat Herr Eigendorf das Wort.

Herr Eigendorf, SPD-Fraktion

Ich bin da. Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt einen Grundsatz, der gilt beim Haushalt und der Wirtschaftsförderung und der gilt aber auch beim Ausbau des Eisdoms. Und der ist: ohne Konzept kein Geld.

Da hatten Sie völlig Recht, Herr Oberbürgermeister.

Und ich finde, dass wir hier genauso verfahren sollten. Aus dem Grund möchten wir gerne als Fraktion den Änderungsantrag stellen, dass bis spätestens zum Ende des 1. Quartals des nächsten Jahres ein umfangreiches und aussagekräftiges Konzept zum Ausbau des Eisdoms vorliegt.

Weil, das, was jetzt gerade geäußert wurde, das kann uns nicht zufrieden stellen. Danke.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister, sofort.

Eine Verfahrensbitte, diesen Änderungsantrag mir bitte jetzt schriftlich vorlegen.

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich finde es gut, dass das so schnell alles verwirklicht ist und bei Ihnen auch angekommen ist. In der Tat, ich stimme dem zu. Und von daher würden wir diesen Änderungsantrag auch so übernehmen.

Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, das was wir hier gemacht haben ist ja lediglich der Antrag, damit wir den Antrag stellen können. Und deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir ein komplettes Konzept nachreichen.

Herr Lange

Herr Krause hat eine Nachfrage.

Herr Krause

Ja, meine Frage war noch nicht beantwortet, ob Erkenntnisse vorliegen, dass der Bund der Antragsfristverlängerung zustimmt.

Herr Lange

Wer möchte? Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das Land hat die Signale gesetzt. Der Landtag hat beschlossen. Momentan setzt das Kabinett insgesamt um. Das bedeutet aber auch, dass eine Zustimmung des Bundes erforderlich ist. Und die liegt noch nicht vor. Deshalb kann man momentan ganz klar sagen, Antragschluss zum jetzigen Zeitpunkt ist der 31.12.

Herr Lange

O.k. Mittlerweile haben Herr Schachtschneider und Herr Bönisch uns auch wieder aufgesucht und Herr Schachtschneider, Sie hätten das Wort, wenn Sie das möchten.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ich hätte vorhin noch nichts sagen können, der Mund war noch voll. Tut mir leid.

Ich bin ganz bei Herrn Meerheim, alles was spart und wir haben noch große Dinge in dieser Stadt vor. Aber zwei, drei Fragen haben sich mir dann doch gestellt. Ich meine, wenn wir alle und wir haben rechtzeitig im Sportausschuss gewarnt, ich habe zum Beispiel die Fragen nach Dämmung gestellt, wie das im Sommer, wie das im Winter ist, als Mehrzweckhalle dann wohlgeerntet, nicht als Eishalle. Es gab vielfältige Antworten aber es geht schon irgendwie.

Ich finde die Lösung, eine Halle für den Eissport vernünftig, wenn wir denn das alles hinkriegen.

Aber wenn die Verwaltung Plan B und Plan C hatte, frage ich mich, warum nehmen wir jetzt die Tribünen drei Jahre, kostet ja Geld. Ich weiß nicht wieviel. Hätten wir sie gekauft, hätten wir ja einen Teil dieses Geldes.

Ja und die zweite Sache, da bin ich gar nicht bei Herrn Meerheim, obwohl das nicht so oft der Fall ist. Das jetzt schon der Steg als Standort für die zukünftige Sporthalle . . . Zwischenrufe . . . aber Herr Meerheim, oder habe ich das falsch verstanden . . .

Die Frage ist ja, ich meine, letzten Endes würde ich das Geld, wenn es denn ginge, aber das ist jetzt ein bisschen Spaß dabei, lieber in Schulbau umwidmen. Aber ich glaube soweit können wir das dann doch nicht machen.

Ich hatte vorhin mit Herrn Wolter gesprochen. Er war auch der Meinung. Es war ja auch eine Eisschule, früher die Eissporthalle. Aber das kriegen wir ja dann doch nicht hin, nein.

Also wie gesagt. Wir können nicht Probleme haben in allen möglichen Bauten und bauen uns da eine Luxusturnhalle hin. Da warne ich ein bisschen davor. Allerdings würde ich

natürlich ganz gern, weil ich weiß, da kriegen wir Geld, das natürlich für eine Schulturnhalle. Warne aber davor, uns jetzt schon alles miteinander zu vermengen und dann schon auf Standorte irgendwo festzulegen, obwohl wir noch gar nichts entschieden haben.

Also wie gesagt, mein Segen könnte es geben, wenn wir jetzt wirklich endgültig mal dabei bleiben und wenn es ein wirkliches Konzept für den Standort gibt. Danke

Herr Lange

Und Herr Bönisch. Hat sich erledigt, gut.
Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

Sind Sie abstimmungsbereit?

Dann komme ich zur Abstimmung der Beschlussvorlage. Den genauen Wortlaut bräuchte ich dann bitte noch mal.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion lautet wie folgt: Es wird ein dritter Anstrich hinzugefügt, der lautet: „Zum Ausbau des Eisdoms wird dem Stadtrat bis spätestens zum Ende des ersten Quartals 2015 ein aussagekräftiges Konzept vorgelegt.“

Und, Herr Oberbürgermeister, Sie würden das übernehmen? Ja. Damit können wir die Vorlage jetzt abstimmen. Wer der Vorlage in dieser geänderten Fassung zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

Ende des Wortprotokolls.

**zu 6.14.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Anträge zur Beseitigung der Flutschäden der Eissporthalle und Nebengebäude"
Vorlage: VI/2014/00463**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen durch Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2015 ein Konzept zum geplanten Ausbau des Eisdoms vorzulegen.*

**zu 6.14 Anträge zur Beseitigung der Flutschäden der Eissporthalle und Nebengebäude
Vorlage: VI/2014/00417**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Anträge für Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden für den Flutschaden an der Eissporthalle und der Nebengebäude in folgender Weise zu stellen:

- Zur langfristigen Sicherung des Eissportes wird die errichtete modulare Halle am Standort Selkestraße gemäß den Anforderungen an eine moderne, zukunftssichere Eissporthalle im Rahmen des festgestellten Flutschadens als Ersatzneubau ausgebaut.
- Als Ersatz für die zwingend abzubrechenden 2 bisherigen Sporthallen und Nebengebäude wird an einem Standort im Innenstadtbereich als Ersatzneubau im Rahmen des festgestellten Flutschadens eine neue Mehrfeldsporthalle errichtet.
- **Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2015 ein Konzept zum geplanten Ausbau des Eisdoms vorzulegen.**

zu 6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542

zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)" - Vorlagen-Nr.: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00366

zu 6.12.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle – Vorlagen-Nummer: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00386

zu 6.12.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00431

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte darüber, dass die Vorlage schon in den Ausschüssen besprochen wurde und mehrere Änderungsanträge dazu vorlägen.

Zum Änderungsantrag 6.12.3, in dem es darum geht, das alte Planetarium nicht abzureißen, merkte sie an, dass an dem Gebäude ein wirtschaftlicher Totalschaden vorliege und es nicht mehr nutzbar sei. Die Schäden deuteten darauf hin, dass die Stahlkonstruktion beschädigt ist und von der Statik her keine Sicherheit mehr besteht.

Da keine Nutzbarkeit mehr möglich ist, sieht die Verwaltung den Abriss des Gebäudes als notwendig an.

In den Ausschüssen habe es einen großen Konsens dazu gegeben, ein neues Planetarium zu bauen. Aus diesem Grund bat **Frau Beigeordnete Marquardt** um eine Entscheidung für den Neubau eines Planetariums am Holzplatz.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich im Namen ihrer Fraktion zu den Änderungsanträgen. Sie führte aus, dass für den Bau des Planetariums auch ein Betreiberkonzept notwendig sei, um das Planetarium sinnvoll und kostensparend betreiben zu können.

Bezüglich des zweiten Antrages ihrer Fraktion zur Weiternutzung des Gebäudes merkte sie an, dass der Antrag bereits im Kulturausschuss gestellt wurde. Von Seiten der Verwaltung habe man darauf hingewiesen, dass der Abriss zwingend geschehen müsse, damit der Neubau erfolgen könne.

Daraufhin habe ihre Fraktion eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt geschickt, welche sie der Verwaltung zur Kenntnis geben werde. In dem Antwortschreiben des Landesverwaltungsamtes wurde bestätigt, dass es für einen Neubau eines Planetariums nicht notwendig sei, das alte Gebäude abzureißen. Es gäbe auch keine Verknüpfung, dass es keinerlei Nachnutzung des alten Gebäudes geben könne.

Sie wies noch einmal darauf hin, dass mit dem Änderungsantrag erreicht werden soll, das Gebäude des alten Planetariums stehen zu lassen und nicht zwingend abzureißen. Gegebenenfalls sei eine Nachnutzung durch den Peißnitzhaus e. V. bzw. der Kinderstadt zu erwägen.

Frau Dr. Brock warb um die Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Bezüglich des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiternutzung des alten Planetariums wies **Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, darauf hin, dass es ein eigener Sachantrag sei, und er empfahl, diesen als eigenen Antrag zu stellen. Seiner Meinung nach passe die Forderung nach einer Konzepterstellung nicht mit der heutigen Standortentscheidung zusammen.

Herr Doege stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung des TOP
6.12.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00431

Frau Dr. Brock machte darauf aufmerksam, dass im Antrag festgeschrieben sei, dass mit der Standortbestimmung ein Abriss des alten Gebäudes verknüpft ist. Deshalb sei der Änderungsantrag ihrer Fraktion zulässig.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Nichtbehandlung des Änderungsantrages TOP 6.12.3.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Auf die Frage von **Herrn Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, zu den im Haushalt dargestellten Unterhaltungskosten für das leerstehende Gebäude teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass das Gebäude Ziel von Vandalismus war. Bezüglich der aufgeführten Kosten in Höhe von 60.000 Euro werde sie eine schriftliche Beantwortung veranlassen.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, fragte nach, weshalb die Franckeschen Stiftungen bei der Standortentscheidung rausgefallen sind.

Dazu teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass die Fläche in den Franckeschen Stiftungen für einen solchen Neubau nicht ausreiche.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bezog sich in seinen Ausführungen auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Konzepterstellung für das Gebäude des alten Planetariums und merkte an, dass die Entwicklung eines Konzeptes durch die Stadt ausgeführt werden sollte.

Seiner Meinung nach könne ein Betreiber zur Nachnutzung gesucht und im 1. Quartal des nächsten Jahres noch einmal darüber beraten werden.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Häder zu. Seiner Meinung nach müsse über den Abriss des Gebäudes gesondert diskutiert werden. Des Weiteren fragte er an, ob die Abrisskosten im Zuge der Fortführung des Planetariums an einem anderen Standort durch Fluthilfe förderfähig seien.

Dies wurde von **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** bejaht. Die Abrisskosten könnten mit beantragt werden. Sie wies noch einmal darauf hin, dass eine Nutzung nicht mehr möglich sei. Und wenn es noch einen Restwert gäbe, würde diese von der Schadenssumme abgezogen.

Auch **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, plädierte für eine weitere Diskussion über den Abriss bzw. die Nachnutzung des Gebäudes. Aus diesem Grund habe seine Fraktion auch den Änderungsantrag gestellt. Er verwies auf den Denkmalcharakter des Gebäudes und darauf, dass alles zu unternehmen sei, das Gebäude zu erhalten. Im zweiten Schritt müsse dann eine Nachnutzung für das Haus gefunden werden.

Zum gleichen Thema führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es mit dem alten Planetarium im Hochwassergebiet eine Einrichtung gäbe, die momentan einen Totalschaden aufweist. Normalerweise stünden die Flutmittel dafür zur Verfügung, an dieser Stelle wieder aufzubauen.

Da es sich im vorliegenden Fall um eine Ausnahmesituation handelt, da das Gebäude im Hochwassergebiet liegt, bedeute es, dass die Mittel für den Totalschaden nur ausgezahlt werden, wenn keine Nachnutzung für das Gebäude möglich sei. Ansonsten würden öffentliche Fördermittel zweckentfremdet.

Sollte man im Ergebnis zu einer Nachnutzung kommen, würden die Mittel angerechnet und der für den Neubau eingeplante Betrag vielleicht nicht ausreichend sein. Aus diesem Grund halte er den Änderungsantrag für nicht zielführend, auch aus dem Grund, da Gutachten vorliegen würden, welche einen Totalschaden des Gebäudes des alten Planetariums bescheinigen.

Abschließend bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Übergabe des von Frau Dr. Brock benannten Schreibens des Landesverwaltungsamtes und rechtliche Prüfung.

Im Namen ihrer Fraktion äußerte sich **Frau Dr. Brock** dahingehend, den ersten Satz des Beschlusspunktes zu streichen. Voraussetzung dafür sei, dass die Verwaltung festhalte, den Abriss nicht automatisch zu veranlassen, sondern eine Nachnutzung zu prüfen.

In Bezug auf die Aussage von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Totalschaden des Gebäudes merkte sie an, dass sich der Totalschaden nur auf die Nachnutzung als Planetarium beziehe. Aus diesem Grund seien auch keine Restwerte gegenzurechnen, sondern es sei möglich, mit den genannten Interessenten für das Gebäude eine Nachnutzung zu entwickeln.

Frau Dr. Brock bat darum, den Antrag ohne den ersten Satz im Beschlusstext zur Abstimmung zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, zum jetzigen Zeitpunkt dem Antrag nicht zustimmen zu können, da die Rechtslage erst noch vollständig überprüft werden muss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zitierte aus dem vorliegenden Gutachten und machte darauf aufmerksam, dass eine Sanierung des Gebäudes nicht über Flutmittel finanziert werden kann. Die Stadt müsste dafür Eigenmittel bereitstellen oder dem Nachnutzer die Kosten in Rechnung stellen.

Seiner Meinung nach könne heute kein Beschluss dazu gefasst werden, da die finanziellen Auswirkungen nicht bekannt seien.

Er stimmte den Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu, dass eine Übergabe des Gebäudes an einen Nachnutzer wegen der im Gutachten genannten Unwägbarkeiten aus baulicher Sicht nicht möglich ist.

Ebenso halte er die Erarbeitung eines Konzeptes nur für sinnvoll, wenn die Stadt es selbst umsetzen wolle, da weder der Peißnitzhaus e. V. noch die Kinderstadt finanziell in der Lage wären, eine bauliche Erneuerung des Gebäudes durchzuführen.

Herr Bernstiel schlug vor, den Förderantrag inklusive der Abrisskosten durch die Stadt stellen zu lassen. Ebenso sollte eine kostenneutrale Nachnutzung geprüft werden.

Er appellierte an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Formulierung eines Extraantrages dazu.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, sprach sich gegen eine Weiterbetrieung des Gebäudes aus. Ihrer Meinung nach seien die vorgeschlagenen Vereine finanziell nicht in der Lage, eine Nachnutzung zu garantieren.

Sie sprach sich gegen den Änderungsantrag aus, da der Abriss des Gebäudes nicht Gegenstand der Vorlage sei.

Im Namen seiner Fraktion äußerte sich **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dahingehend, dass man schon im Finanzausschuss festgestellt habe, dass die in der Vorlage dargestellte Finanzierung nicht gesichert ist.

Er halte die Prüfung der Nachnutzung für unschädlich und könne dem Antragsbeschluss zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass zum Planetarium eine E-Mail-Anfrage von Herrn Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an den Minister für Landesentwicklung und Verkehr gestellt und durch den persönlichen Referenten beantwortet worden ist. Zuständig für die Entscheidung sei hierfür jedoch die Staatskanzlei und das Ministerium habe keine Richtlinienkompetenz im vorliegenden Fall.

Bezogen auf die Information von Herrn Oberbürgermeister wies **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darauf hin, dass das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr für die Abwicklung der Fluthilfemittel zuständig ist. Aus diesem Grund halte er die Aussage des Ministeriums für belastbar.

Die Intentionen seiner Fraktion bestehen im Kern darin, die Verwaltung zu bitten, mit dem Peißnitzhaus e. V. ins Gespräch zu kommen, ob es eine Perspektive für das Gebäude gäbe und dieses nicht vorfristig abzureißen.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, machte darauf aufmerksam, dass man dem Peißnitzhaus e. V. die Entscheidung selbst überlassen sollte, ob sie das Gebäude nutzen möchten oder nicht.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, verwies auf die Aussagen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu möglichen Interessensbekundungen für das Gebäude und

fragte nach, weshalb die Stadtverwaltung ein Konzept erstellen soll und nicht die Interessenten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.12.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00431**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

20 Ja Stimmen

24 Nein Stimmen

11 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden neuen Beschlusspunkt ergänzt:

~~4. Der Stadtrat beschließt, dass der Gebäudekomplex des alten Planetariums (Standort Peißnitzinsel 4) nicht abgerissen wird. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie durch Vereinfachung der Baustruktur (Herausnahme von Innenwänden und Verkleidungen sowie der Nutzungseinbauten im EG, ggf. auch der Fenster) eine hochwassersichere Nutzung geschaffen werden kann. Darüber hinaus sind Verhandlungen mit interessierten Akteuren (zum Beispiel dem Peißnitzhaus e.V.) zur Nachnutzung des Gebäudes zu führen. Ziel sollte sein, zu einem Nutzungskonzept zu gelangen, dass für die Stadt keine Folgekosten verursacht. Das Ergebnis der Verhandlungen ist dem Stadtrat im 1. Quartal 2015 vorzulegen.~~

**zu 6.12.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle – Vorlagen-Nummer: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00386**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Betreiberkonzeptes, welches gemeinsam mit der Vorlage zum Baubeschluss vorgelegt wird.

zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)" -
Vorlagen-Nr.: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00366

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 2. wie folgt geändert.

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der **Planung** ~~Umsetzung~~ des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.

zu 6.12 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für den Neubau des Planetariums den Holzplatz.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der **Planung** ~~Umsetzung~~ des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 31.12.2014 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.
4. **Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Betreiberkonzeptes, welches gemeinsam mit der Vorlage zum Baubeschluss vorgelegt wird.**

zu 7 **Wiedervorlage**

zu 7.2 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel**
Vorlage: V/2014/12596

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für ~~das~~ **Paulus- und Medizinerviertel** ein tragfähiges **Parkraumkonzepte** zu erarbeiten.

Wesentliche **Untersuchungsbestandteile dieser Konzepte** sollten sein:

- **Bewohnerparken** in extrem überparkten Bereichen mit der Option von **Besucherparken** (siehe **analog des Modells der Stadtverwaltung Essen**)
- freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen
- bewirtschafteter Parkraum in ~~Mischregionen~~ **Bereichen mit Funktionsüberlagerungen**
- **Vorschläge, wie regelwidriges Parken insbesondere in Kreuzungsbereichen nachhaltig unterbunden werden kann**

~~Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.~~

Die Ergebnisse werden dem Stadtrat bis zur ~~Sommerpause 2015~~ Dezember 2015 vorgestellt.

Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.

Erarbeitung und Umsetzung der Parkraumkonzepte sollen so weit wie möglich aus zweckgebundenen Stellplatzablösebeträgen finanziert werden. Die Kosten sind entsprechend in den Haushaltsplanungen 2015 und 2016 zu berücksichtigen.“

Dr. Wiegand über Veränderungen im Kommunalverfassungsgesetz. Danach müsse die Verwaltung mit jedem Sponsoringvertrag über 1.000 Euro in den Stadtrat gehen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Betrieb der Wasserspiele der Stadt an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH übertragen werden kann.

Das Prüfergebnis mit einer entsprechenden Handlungsempfehlung wird dem Stadtrat ~~vor~~ **zu** dessen Sitzung am ~~17.12.2014~~ **im März 2015** vorgelegt.

zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu anwaltlichen Beratungsverträgen
Vorlage: VI/2014/00325

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag zur Klarstellung der einzelnen Punkte in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erinnerte an seinen umfangreichen Fragenkatalog zu diesem Komplex. Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand habe darauf verwiesen, die Antworten nicht geben zu wollen, weil es mit dem im Raum stehenden Disziplinarverfahren kollidiere. Seiner Meinung nach sei eine Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss nicht sinnvoll, da sie zu oberflächlich wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, die Unterlagen im Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen. Damit wäre eine Diskussion und Klärung möglich.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die folgenden, zwischen dem Oberbürgermeister und der Kanzlei Anwälte am Dom – Dr. Moeskes Rechtsanwälte geschlossenen anwaltlichen Beratungsverträge

- 1. Rechtliche außergerichtliche Beratung zum OB-Erlass vom Dezember 2012 zu den geplanten personellen Veränderungen in der Verwaltung vom 2. 1. 2013 einschließlich Honorarvereinbarung über 15.000 € im Jahr 2013*
- 2. Rechtliche außergerichtliche Beratung zum OB-Erlass vom Dezember 2012 zu den geplanten bzw. durchgeführten personellen Veränderungen in der Verwaltung vom 26. 7. 2013 einschließlich Honorarvereinbarung über 17.850 €*

im Hinblick auf

- die zeitliche Abfolge der jeweiligen vertragsgemäß erbrachten Leistungen und deren Dokumentation für die Verwaltung,*

- der unterschiedlichen Rechnungslegungen für die jeweiligen Teilleistungen und deren Dokumentation für die Verwaltung,
- Nachweise der Zeichnung für die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Rechnungen und für deren Begleichung sowie
- auf gegebenenfalls bestehende inhaltliche Überschneidungen der beiden Beratungsaufträge und deren finanzielle Auswirkungen

zu prüfen.

**zu 8.4 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP) zum Haushalt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00266**

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bedankte sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung seines Antrages und bat um Zustimmung dazu.

Zum gleichen Thema bat **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, die Verwaltung um die Erklärung der Umsetzung des Antrages. Damit sei eine Beschlussfassung nicht mehr erforderlich.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, erinnerte in gleichem Zusammenhang an die Beschlusserledigungsliste, in welcher Erledigungen angezeigt waren, obwohl dies noch nicht der Fall sei. Im Rahmen der Beschlusskontrolle halte er eine Beschlussfassung für erforderlich.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert den einzelnen Haushaltsprodukten im Inhaltsverzeichnis Seitenzahlen zuzuordnen.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
Vorlage: VI/2014/00304**

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
Vorlage: VI/2014/00428**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, informierte darüber, dass im nächsten Jahr das Abkommen unterzeichnet werden soll. Sie begründete den Antrag ihrer Fraktion mit der Infragestellung demokratischer Rechte und dabei insbesondere um die Mitbestimmung der Kommunalpolitiker bei der Daseinsfürsorge.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion habe man sich dahingehend verständigt, diesen zu übernehmen.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der von seiner Fraktion vorgeschlagene Beschlusspunkt als Punkt 1 in die Vorlage aufgenommen werden sollte.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zeigte sich irritiert wegen der Behandlung des Antrages und der positiven Stellungnahme der Stadtverwaltung. Er bat Herrn Oberbürgermeister um eine Begründung der Zustimmung durch die Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Begründung der Antragstellung, welcher er in vollem Umfang folgen könne und rechtlich keinerlei Probleme sehe, den Antrag im Stadtrat zu behandeln. Aus seiner Sicht stehe einer Zustimmung nichts entgegen.

Herr Scholtyssek machte deutlich, dass ein Faktenpapier der EU-Kommission vorliege, in welchem Umwelt-, Bildungs- und Dienstleistungsstandards geregelt seien, welche nur mit Mehrheiten vom EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten geändert werden können. Insofern könne er den Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI nicht nachvollziehen, welcher seiner Meinung nach auch keine Wirkung hätte, da es kein kommunales Mitspracherecht in dieser Angelegenheit gäbe.

Laut Aussage von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, handelt es sich bei dem Antrag um eine Willensbekundung, um die Position der Kommune deutlich zu machen.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
Vorlage: VI/2014/00428**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Text von Beschlusspunkt Punkt 1 wird durch folgenden Text ersetzt:

„Der Stadtrat von Halle (Saale) begrüßt grundsätzlich die Entwicklung von Freihandel und größeren Wirtschaftsräumen. Die gegenwärtigen Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) lassen jedoch die Befürchtung aufkommen, dass in die Abkommen Regeln aufgenommen werden, die unsere Standards der vielfältigen kommunalen Daseinsvorsorge in Frage stellen könnten.

Deswegen lehnt der Stadtrat jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.“

zu 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /TTIP)
Vorlage: VI/2014/00304

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

- ~~1. Der Stadtrat von Halle (Saale) lehnt jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.~~
- 1. Der Stadtrat von Halle (Saale) begrüßt grundsätzlich die Entwicklung von Freihandel und größeren Wirtschaftsräumen. Die gegenwärtigen Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) lassen jedoch die Befürchtung aufkommen, dass in die Abkommen Regeln aufgenommen werden, die unsere Standards der vielfältigen kommunalen Daseinsvorsorge in Frage stellen könnten.
Deswegen lehnt der Stadtrat jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.**
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt als auch im Deutschen Städtetag die Stimme der Stadt Halle (Saale) dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsfürsorge, insbesondere die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Entsorgung von Abfällen und der ÖPNV sowie alle sozialen Dienstleistungen einschließlich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, sichergestellt wird.
3. Den Bundes- und Landesabgeordneten der Stadt Halle (Saale) wird dringend empfohlen, die Forderung des Punktes 2 mit ihrem Stimmverhalten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Wohle der Stadt Halle (Saale) umzusetzen.

zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.
Vorlage: VI/2014/00269

zu 8.6.1 Änderungsantrag der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e. V
Vorlage: VI/2014/00427

Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, informierte darüber, dass die Stadt Halle seit 2004 Mitglied im Verein Transparency International Deutschland e.V. sei.

Auf Grund des Verfahrens gegen den Oberbürgermeister habe der Verein angeboten, die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) ruhen zu lassen bzw. über einen Austritt nachzudenken.

Ihre Fraktion möchte sich dafür einsetzen, dass die Stadt Halle (Saale) weiterhin Mitglied im Verein ist. Da der Oberbürgermeister nicht wegen Korruption angeklagt sei, vertrete ihre Fraktion die Meinung, dass es keinen Grund für ein Ruhen der Mitgliedschaft bzw. für einen Austritt gäbe.

Im Rechnungsprüfungsausschuss habe man sich auch schon mit dem Thema beschäftigt und den ursprünglichen Antrag geändert. Außerdem werde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernommen.

Herr Senius, SPD-Fraktion, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion mit dem Erfordernis, da Herr Oberbürgermeister diesbezüglich schon einmal eine Frist habe verstreichen lassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, keine Frist versäumt zu haben. Es gehe darum, eine Entscheidung rechtskräftig abzuwarten. Aus diesem Grund wies er die Aussage von Herrn Senius zurück.

Frau Krischok informierte über ein Schreiben von Transparency International Deutschland e. V. an sie als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses mit der Bitte um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zu dieser Problematik bis zum 28.11.2014.

Eine Fristsetzung für den Oberbürgermeister zur Stellungnahme zur weiteren Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein halte sie für angemessen.

zu 8.6.1 Änderungsantrag der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e. V
Vorlage: VI/2014/00427

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen übernommen

Beschlussvorschlag:

Im dritten Beschlusspunkt wird hinter dem Wort „aufgefordert“ eingefügt:

„bis 08.12.2014“

Ferner wird dem dritten Beschlusspunkt folgender Satz angefügt: „Diese Stellungnahme ist dem Stadtrat zuzuleiten.“

zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.
Vorlage: VI/2014/00269

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Halle (Saale) teilt Transparency International Deutschland e. V. mit, dass sie weiterhin Mitglied im Verein bleiben möchte.
2. **Der Stadtrat, vertreten durch den Vorsitzenden, gibt gegenüber Transparency International Deutschland e. V. eine Stellungnahme zu einer weiteren Mitgliedschaft der Stadt ab.**
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert **bis 08.12.2014**, gegenüber Transparency International Deutschland e. V. eine Stellungnahme zur weiteren Mitgliedschaft der Stadt abzugeben. **Diese Stellungnahme ist dem Stadtrat zuzuleiten.**

**zu 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Schutzziele des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm
Vorlage: VI/2014/00323**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum TOP 8.7 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Wir kommen zum Punkt 8.7. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Schutzziele des Hochwasserschutzes Gimritzer Damm. Zum Antrag kann gesprochen werden.

Herr Krause bitte. Wie bitte . . . ?

Herr Krause, SPD-Fraktion

Wir haben einen Antrag gemeinsam mit den MitBÜRGERN eingebracht, dessen Thema sozusagen von der Grundthematik her nun nicht wirklich neu ist. Aber ich möchte gern darauf verweisen, dass wir bei einer Veranstaltung, die wir mit Bürgern hatten - Herr Oberbürgermeister war auch mit anwesend - schon einigermaßen erstaunt festgestellt haben, als uns der Chef des Landeswasserbaubetriebes mitgeteilt hat, als wir gefragt haben, warum denn nicht die gerade Linie, kann da mal jemand eine Begründung geben. Er hat klar gesagt, die Schutzziele sind so von der Stadt benannt und fertig und danach mussten wir uns richten.

Wir wussten aber auch, dass es schon Anfang von Planungen gegeben hat innerhalb der Verwaltung selber nach dem Hochwasser 2011, entlang des Gimritzer Dammes sozusagen die Ertüchtigung zu machen. Das liegt ja alles an Planung vor. Es ist ja nicht so, dass man komplett von vorne und neu anfangen müsste.

Aber was da schon ärgerlich ist, dass, wenn sozusagen diese Fläche nicht mehr genutzt wird, wie zum Beispiel durch die alte, durch Bebauung, wie durch die alte Eissporthalle, dass die Stadt bisher dieses Schutzziel nicht aufgegeben hat beziehungsweise dem Land gemeldet hat, wir erhalten das nicht aufrecht.

Man kann da unterschiedlicher Meinung sein und aus der Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu diesem Antrag geht ja auch hervor, lasst es doch sein, ich sage es mal ein bisschen salopp, das Land hat doch schon entschieden, die Sache ist doch vorbei.

Nein, wir können jederzeit dem Land anzeigen, dass wir dort nicht bauen wollen und ich

meine, dass Ihr Hinweis auf den § 112 KGV, danach sind Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten, nicht zieht. Weil, was ist denn hier wirtschaftlich, wenn man in ein Hochwassergebiet hineinbaut, wenn man die Erfahrung hat. Selbst wenn dort ein Damm ist, der dann sozusagen die Fläche ein Stück schützen soll, sollte man doch aufpassen, was man da macht.

Das war nicht unter Ihrer Zeit, Herr Oberbürgermeister. Aber die Stadt insgesamt hat ja auch für Investoren geworben, zum Beispiel am Sophienhafen und hat sozusagen befördert, dass dort Ansiedlung stattfindet und, und, und. Und dann, wenn die Bürger dann sagen, wo ist denn sozusagen eine Hochwasserschutzkonzeption, fühlen sie sich allein gelassen.

Uns zu sagen, dass mit dem Antrag eine Verzögerung eintreten würde im Bau, das glauben wir nicht. Wir glauben, das also . . . und wissen, dass von den Planungen für eine gerade Linie schon vieles vorhanden ist. Aber wir verweisen auch darauf, es sind mindestens bei dieser Veranstaltung von den Anliegern aus der Altstadt beziehungsweise Klausvorstadt drei Parteien gewesen, die ganz klar gesagt haben, dass sie klagen werden. Und wenn sie klagen, dann haben wir eine Verzögerung. Und zwar eine heftige möglicherweise.

Und das Risiko ist aus unserer Sicht sehr viel höher und deswegen haben wir den Vorschlag gemacht, mit diesem Antrag zu sagen, dann lassen sie uns dieses Schutzziel aufgeben, dort weiter bauen zu wollen, sondern lassen Sie uns diesen geraden Deich ziehen und der kann dann zügig gezogen werden. Denn eines steht fest und das lassen wir uns, das möchte ich von vornherein sagen, als Antragsteller auch nicht unterstellen, dass einer von den Antragstellern oder auch andere, die sozusagen zögerlich mit den Dingen umgehen, dass sie sozusagen nochmal bestimmte Voraussetzungen prüfen wollen, gegen einen zügigen Bau eines Deiches wäre. Wir sind alle froh, wenn das Ding steht und wenn der Schutz für die Neustadt da ist. Das ist doch vollkommen klar. Da ist überhaupt niemand in dem Raum dagegen. Das sollten wir gar nicht in der Diskussion anfangen, uns dann nachher zu unterstellen. Danke.

Herr Lange

So, eine Entschuldigung an den Mitantragsteller. Das ist hier noch nicht vermerkt gewesen, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM Mitantragsteller ist.

Gibt es weitere Wortmeldungen?
Herr Dr. Meerheim

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Ich hätte erst mal zwei Fragen. Und zwar eine rechtliche. Was passiert, wenn Bürger klagen, kommt es, ich sage es mal, zum Baustopp, in dem Moment wo die Klage eingereicht und zugelassen ist? Frage 1.

Und Frage 2. In dem Punkt 2 des Antrages wird von planungsrechtlichen Voraussetzungen und von der Änderung des Flächennutzungsplanes gesprochen. Welche zeitlichen Fristen müssen dort gegebenenfalls eingehalten werden? Ich weiß jetzt nicht, was da so alles abläuft, was ich da machen muss. Wie lange braucht das? Flächennutzungsplanänderung, Auslegung usw. Was sind so die Regelzeitfristen, die wir bräuchten, um diesem Punkt 2 zu entsprechen?

Also Punkt 1 rechtliche Beurteilung der Tatsache, wenn betroffene Bürger jetzt eine Klage gegen den genehmigten Deich, gegen die genehmigte Deichlinie vortragen werden.

Und den Punkt 2 hätte ich gerne von unserem Stadtplaner, Herrn Stäglin, mal eine Aussage,

welche Abfolge würde hier eintreten, wenn wir das beschließen würden?

Und vielleicht von Herrn Schreyer, wenn er das Wort bekommt vom Oberbürgermeister, die erste Frage.

Herr Lange

So, Herr Oberbürgermeister sagt, wer jetzt am besten antwortet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, zunächst Herr Stäglin zum Flächennutzungsplan.

Herr Lange

Dann hat er das Wort.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Also eine Änderung des Flächennutzungsplanes, wir haben es ja an verschiedenen Stellen schon gemacht, Stichwort Hufeisensee, Stichwort andere Standorte. In der Regel haben Sie ein Planungsverfahren. Wenn Sie eine frühzeitige Beteiligung und eine Offenlage haben, kommen Sie in der Regel so bei 1 ½ Jahren, wenn man gut durchkommt raus, was eine Neubestimmung von Flächennutzung oder eine Teiländerung des Flächennutzungsplanes betrifft.

Es wäre ja hier ein Verfahren, was unabhängig zu betrachten ist von einer Definition eines Vorganges, der beim Landesverwaltungsamt/LHW läuft. Sondern das wäre ein separater Ratsbeschluss, der dann zu fassen wäre, Aufstellungsbeschluss mit entsprechenden Offenlageschritten und Offenlagebeschlüssen, so dass da in der Regel das übliche Verfahren, wenn es schnell und einfach durchgeht, diese 1 ½ Jahre sind, da wir bisher noch nicht eine Verzahnung mit einer Planung des LHW, bezogen auf eine Hochwasserschutzmaßnahme, haben.

Ich habe den Antrag so verstanden, dass es darum geht, unabhängig davon die Fläche, wir haben ja im Moment im Flächennutzungsplan eine Sonderbaufläche mit einer Zweckbestimmung – Freizeitsport – und keine andere Baufläche, so dass sozusagen aus dieser Sonderbaufläche dann eine andere Flächenausweisung werden sollte, wenn es zur Änderung käme.

Es ist mit allen beteiligten Schritten, die hier so durchzuführen sind, in der Regel durchschnittlich die 1 ½ Jahre, ja.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, um noch mal die erste Frage aufzugreifen im Hinblick auf die einzelnen Abschnitte. Nach dem Hochwasser 2011 sind umfangreiche Planungen bereits vom LHW durchgeführt worden.

Sie wissen, wir haben drei Varianten erarbeitet. Diese drei Varianten spitzten sich letztendlich zu, ich bleibe bei dem Schlagwort, ist ja deutlich, spitzten sich zu in der Planung und auch in der Nachweisbarkeit der Schlangenlinie. Diese Schlangenlinie wurde modelliert auch im Hinblick auf die entsprechenden Untersuchungen, die von den Untersuchungsämtern auch dargestellt worden sind. Auch immer wieder vom LHW deutlich gemacht worden sind.

Es hat sich herausgestellt, dass die Schlangenlinie keinen Zentimeter höher in irgendwelchen Gebieten innerhalb der Stadt nach sich ziehen würde.

Aus diesem Grund habe ich nach der Flut die Umsetzung der Maßnahme angeordnet, gemeinsam auch mit dem LHW, wenn Sie sich daran entsinnen können. Das LHW war auch

auf der Pressekonferenz, die auch hier zugestimmt hatten im Hinblick darauf, dass, nachdem wir gebaut haben, dann in die Position und in die Eigentumsposition des LHW auch überführt wird. Danach hat das LHW weiter modelliert. Sehr viele Bürgerveranstaltungen haben stattgefunden.

Ich hatte eingangs in meinem Bericht des Oberbürgermeisters deutlich gemacht, dass ich auch den Beschluss des Stadtrates, und deshalb möchte ich das noch mal ausdrücklich sagen, im Gegensatz zu dem, was Sie hier im Antrag noch mal formuliert haben, habe ich deutlich gemacht, dass alle drei Varianten bitte nochmals zu überprüfen sind. Das ist aus der Sicht des Landesbetriebes auch geschehen. Nachweislich.

Darauf hat Herr Henning auch ausdrücklich hingewiesen und dass dann der Antrag des LHW zum Landesverwaltungsamt gegangen ist.

Das Landesverwaltungsamt hat sehr ausführlich geprüft und hat dazu auch noch mal Stellung bezogen. Das Landesverwaltungsamt, das hatte ich eingangs gesagt, hat jetzt die endgültige Genehmigungsentscheidung erteilt.

Und jetzt komme ich zu der Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Meerheim. Zusätzlich ist die sofortige Vollziehung angeordnet worden. Das bedeutet nichts anderes, dass unverzüglich gebaut werden kann und auch die Ausführungsplanung bereits begonnen hat.

Das bedeutet, dass zwar Klage eingelegt werden kann, aber ein Baustopp nur verfügt werden kann, in einem sogenannten Eilverfahren. Diese Verfahren bedeuten, ähnlich wie beim Finanzamt, dass ein solcher Eilantrag gestellt werden muss und dann wird man eine Eilentscheidung innerhalb von drei, vier Wochen geben.

Das heißt, die Tatsachen, die Sie eben gesagt haben, es würde unheimlich lange verzögern, das ist nicht der Fall. Wir werden sehr frühzeitig und sehr schnell in diesem Verfahren eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes bekommen.

Zu berücksichtigen ist, dass diese Gesichtspunkte der Gefahrenabwehr, auf die ich hier ausdrücklich noch mal hinweisen möchte, natürlich auch Anhaltspunkte sind, die jetzt eine zwingende Maßnahme auch erforderlich machen. Und dieser Auffassung ist das Landesverwaltungsamt auch gefolgt.

Und insoweit hat man sich entschieden, diese sofortige Vollziehung anzuordnen. Das heißt, es wird nicht zu Verzögerungen kommen, so wie Sie es dargestellt haben. Sondern wir werden, wenn jetzt ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kommt, sehr schnell eine Entscheidung vom Verwaltungsgericht bekommen.

Ich kann nur darauf verweisen, Parallelverfahren ist das Finanzamt. Da ist das Verfahren genauso gelaufen.

Herr Lange

Jetzt hat das Wort Herr Wehrich.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden dem Antrag zustimmen. Zur Historie, denke ich Herr Dr. Wiegand, gehört auch, deutlich zu sagen, dass diese Deichlinie, so wie sie jetzt gewählt wurde, nur deswegen so gewählt wurde, weil eben die Stadt das Schutzziel eben so festgesetzt hat, mit der Eissporthalle und mit diesem Festplatz.

Das hat übrigens auch Herr Henning mehrfach bestätigt, dass der LHW bei seinen Planungen immer davon ausgegangen ist, dass es eben eine Nachnutzung für dieses Gelände geben soll. Und insofern die Deichplanung sich auf diese Basis aufgesetzt hat und

sie wahrscheinlich vollkommen anders ausgefallen wäre, wenn die Stadt eben von vornherein andere Schutzziele gesetzt hätte.

Dass es einen schnellen Schutz für Neustadt geben soll ist hier absolut unstrittig. Aber es ist nach wie vor eben die Frage, wie wir eben zu diesem möglichst schnellen Schutz kommen können. Und da stimme ich Herrn Krause absolut zu. Aus meiner Sicht ist es jetzt eben noch nicht ausgemacht, ob diese Deichlinie eben zu einem schnelleren Schutz kommen kann oder eben nicht.

Das Risiko der Klage steht im Raum. Es ist richtig, dass man dann über eine Eilentscheidung in erster Instanz möglicherweise schnell zu einer Entscheidung kommen kann. Aber das kann ja noch durch mehrere Instanzen weitergehen. Und insofern ist der Zeitraum trotzdem vollkommen unübersichtlich.

Und das gemeinsame Ziel, wirklich einen schnellen Schutz für Neustadt zu erreichen, das steht dann in den Sternen, wenn dieses Klageverfahren tatsächlich angestrengt wird und auch durchgezogen wird.

Also insofern denke ich, ist der Antrag nicht irgendwie erledigt, sondern er kommt jetzt auch zum richtigen Zeitpunkt. Ich selbst bin allerdings davon ausgegangen, dass die Stadt gegenüber dem LHW diese Absicht des Stadtrates auch schon so kommuniziert hätte.

Weil, unsere Meinung haben wir ja eigentlich auch schon klar artikuliert durch die Beschlüsse der Eissporthalle. Und alles das, was wir jetzt hier diskutieren ist ja im Grunde genommen schon mal diskutiert worden. Und wir haben diese Entscheidung. Meine Fraktion hat das ja auch in die Diskussion gebracht und uns vor der Wahl . . . oder angeregt, dass wir uns noch vor der Wahl da eindeutig positionieren. Eben auch, um weniger Zeit zu verlieren.

Also aus meiner Sicht hätte das so schon gegenüber dem LHW kommuniziert werden müssen. Aber ich stelle fest, dass das so nicht erfolgt ist und deswegen, wie gesagt, kommt der Antrag auch noch zum richtigen Zeitpunkt. Und es ist notwendig, aus unserer Sicht, dass so zu tun, das Schutzziel zu ändern.

Und ich glaube auch, dass dann für den LHW möglicherweise eine andere Situation da ist, schon auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses, dass dann dieses formelle FAP-Änderungsverfahren gar nicht mehr zwingend notwendig ist, sondern hier unsere Willensbekundung klar und eindeutig ist und dann auch für das weitere Verfahren so zugrunde gelegt werden kann und das weitere Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan dann parallel laufen kann.

Herr Lange

Herr Krause hat das Wort.

Herr Krause

Ich habe noch mal eine klare Frage an den Oberbürgermeister. Haben Sie die Absicht, in einer der nächsten Stadtratssitzungen mit einem Vorschlag zur Bebauung des Gebietes zu kommen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Eine klare Antwort Herr Krause. Das werde ich in jedem Fall dann überlegen, wenn die Eissporthalle frei ist von jeglichen Streitigkeiten. Momentan ist überhaupt noch nicht absehbar, wann wir die Eissporthalle abreißen können, wie es weiter geht.

Die Streitigkeiten, unabhängig unserer Entscheidung im nicht öffentlichen Teil, sind so umfangreich, dass wir überhaupt keine Prognose anstellen können, wie weit wir dann zu diesem zweiten Schritt kommen.

Die Diskussionen die wir dann führen – und das möchte ich auch noch mal deutlich sagen –

sind so komplex und mit den Nachforderungen die dort sind. Und ich muss es deutlich betonen, wir haben ein Genehmigungsverfahren vor uns, auch der Aufsichtsbehörde, so dass wir insgesamt dieses gesamte Verfahren zunächst mal abwarten müssen, ehe man überhaupt weiter etwas prognostizieren kann.

Unter diesen Voraussetzungen ist die alte Eissporthalle nach wie vor momentan nicht abreißbar. Unter den Voraussetzungen, in denen wir uns momentan bewegen

Herr Krause

Darf ich noch mal nachfragen? Ich stelle die Frage anders. Gibt es einen potentiellen Interessenten für die Bebauung dieses Gebietes, wenn die Voraussetzungen gegeben sind?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja.

Herr Lange

O.k. Dann hat jetzt Herr Wolter das Wort.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Herr Stadtratsvorsitzender, Herr Lange, danke dass Sie mich aufgerufen haben. Ich wollte nur noch mal auf drei Punkte eingehen.

Wir haben einerseits als Mit Antragsteller hier gestanden als Fraktion, weil wir, Herr Oberbürgermeister, überrascht waren, dass Herr Hennig uns mitteilte, dass Sie, obwohl der Stadtrat diesen Beschluss gefasst hat, in Bezug zur Eissporthalle war nämlich ein Beschlusspunkt, dass Sie beauftragt sind, diesen Standort Eissporthalle gegenüber dem Landesbetrieb zu erklären, dass es nicht mal als Schutzziel vorzuhalten ist.

Und jetzt ist die Situation so, dass die SPD diese Initiative aufgrund der Veranstaltung aufgenommen haben, da treten wir gerne bei. Das hat uns schon sehr überrascht.

Der zweite Punkt war natürlich Herr Oberbürgermeister, dass wir wiederum noch, dass Sie immer wieder für Überraschungen gut sind. In der Begründung, die Sie dann geliefert haben zu Ihrer Ablehnung beschreiben Sie auf einmal einen Plan, dass dort ein Bebauungsgebiet für Wohnbebauung auf einmal entstehen soll, wo ich denke wir haben da viele Einzelgespräche geführt, also dieses Thema, Herr Oberbürgermeister, wo sie den aus der Tasche ziehen oder welcher Investor da auf Sie zugekommen ist, das ist schon sehr überraschend.

Insofern finde ich es doppelt entscheidend, also nicht nur im Interesse, dass wir hier, sie haben, dass ja ausgeführt im Eilverfahren, aber sie sagen natürlich nicht, dass ein Eilverfahren kann genauso schnell im Interesse des Klägers entschieden werden.

Das kann natürlich sein, dass sehr schnell eine Entscheidung da ist und das alle sozusagen Bauvorhaben, die jetzt in Gang gesetzt wurden, dort auf einmal, ich sage mal, im Abseits lagen, liegen und dann eine neue Planung beginnen muss.

Insofern sind wir, Herr Dr. Meerheim, das haben wir ja immer wieder diskutiert, gemeinsam interessiert, so schnell wie möglich eine Klarheit zu schaffen und jeder Gesunde und ich denke auch jeder Fachmann kann sagen, dass eine gerade Linie dem gemäß da am Gimritzer Damm den Deich zu bauen vernünftiger ist. Inklusive aller Unwägbarkeiten, die natürlich dabei sind.

Insofern würde ich Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen und Klarheiten zu schaffen und auch die Stadtverwaltung zu beauftragen.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, wenn Sie mich loben, finde ich das immer sehr gut, auch im Hinblick auf die Vorlage, die Sie jetzt gemacht haben. Wenn Sie sagen, da sind zwei gute Punkte drin.

Wenn ich das jetzt noch erweitern darf, da ist sogar noch ein dritter Punkt drin und zwar geht es ja ganz deutlich, die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes ist getroffen worden aus der Sicht der Gefahrenabwehr im Hinblick auf das Wassergesetz. Ich hatte es beim Bericht des Oberbürgermeisters auch erwähnt, das ist übertragener Wirkungskreis.

Dafür ist das Landesverwaltungsamt zuständig und für den übertragenen Wirkungskreis ist der Oberbürgermeister zuständig. Das heißt, damit impliziert es auch, dass die Entscheidung, die momentan vom Landesverwaltungsamt getroffen wurde, der Stadtrat nicht zuständig ist.

Herr Lange

So, Herr Dr. Meerheim hat das Wort.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Also, ich habe doch nochmal zwei Fragen, die sich aus der jetzigen Diskussion sozusagen ergeben haben.

Es ist richtig, was Herr Wolter gesagt hat, es könnte ja auch sein, dass der schnelle Antrag schnell beschieden wird und er geht negativ für die Stadt Halle aus. Was machen wir denn dann? Dann steht möglicherweise noch das Hauptsacheverfahren aus, aber dann ist Baustopp.

Baustopp und zwar so lange bis das im Hauptsacheverfahren eine endgültige Entscheidung wahrscheinlich getroffen würde. Dann muss man ja immer noch abwägen, wie ernst ist denn das, was da im Eilverfahren durch den Richter beschieden wurde. Hat er irgendwelche Hinweise gegeben für das Hauptsacheverfahren, dass ich davon ausgehen muss, dass ich auch dort verliere. Dann haben wir nicht mehr allzu viel Zeit.

Und jetzt haben Sie allerdings gesagt und ich meine, meine Frage ist, ist die Stadt darauf vorbereitet oder gehen Sie davon aus, also haben Sie einen Plan B? Das ist die Frage.

Die zweite Feststellung muss ich natürlich zur Kenntnis nehmen, die Sie vorgetragen haben, Herr Oberbürgermeister, und völlig korrekt ist die Sache mit der Eissporthalle.

Meine Damen und Herren, wir können da eine gerade Linie hinziehen, aber wir wissen nicht, wann sie fortgesetzt wird. Davor und dahinter. Und das ist das Problem, was wir nachher noch behandeln werden im nicht öffentlichen Teil, aber wir müssen es auf dem Schirm haben und wir wissen nicht, was da passiert. Das beträfe also zuzusagen den Punkt 1 und den Punkt 3. Punkt 2 mal ausgenommen, da komme ich mal gleich noch drauf.

Deswegen sind wir da also relativ unentschlossen. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, weil diese Risiken sind nach beiden Seiten absolut vorhanden, ja.

Sowohl, was jetzt den Antrag betrifft, wie auch der Produktion der Stadtverwaltung.

Und dann möchte ich zu dem Punkt 2 noch was sagen. Also den würden wir auch inhaltlich nicht wirklich mittragen, weil eine Retentionsfläche in der Stadt macht 0,0 Sinn, wenn dann draußen bitte davor und zwar aus dem Süden guckend. Ja und nicht in der Stadt. Da schafft man sowieso keine Retentionsfläche. Abgesehen von den paar Quadratmetern, die da möglicherweise als Retentionsfläche zusätzlich zur Verfügung stünden, wenn wir jetzt den Damm an der Stelle begradigen.

Insofern würde das nicht eher Sinn machen. Dann sollte man sich auf das Areal für den Deichbau beschränken, aber nicht als Retentionsfläche ausweisen. Das wäre dann quasi zwar die Folge, weil, wenn Sie den Deichbau so festlegen, dann ist es so, aber mit der Zielstellung macht das 0,0 Sinn. Also, wir sind im Moment sehr, sehr unentschlossen, wie wir uns hier an der Stelle verhalten wollen. Eins wollen wir nicht, dass wir keinen Deich dahin kriegen und wir noch Jahre auf den Deich warten müssen.

Herr Lange

Das war eine Punktlandung von 3 Minuten.
Herr Oberbürgermeister bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gerne das Szenario von Herrn Krause fortführen. Angenommen, nur theoretisch, dass im Eilverfahren, das wäre jetzt der nächste Schritt, dass im Eilverfahren die Antragsteller obsiegen, das Landesverwaltungsamt also unterliegt. Dann kann es nur so sein, dass wir unverzüglich, also der Landesbetrieb anfängt, umzuplanen.

Herr Hennig hat es ja auch auf ihrer Veranstaltung sehr deutlich gemacht, dass es mindestens ein Jahr dauert, ehe überhaupt wieder eine Unterlage da ist, die man dem Landesverwaltungsamt zur Genehmigung einreichen kann. Der Landesbetrieb hat bereits vor 4, 5 Monaten die Unterlagen vollständig dem Landesverwaltungsamt zur Entscheidung vorgelegt. Das heißt, die müssen dort auch nochmal prüfen. Also vor 1 ½ Jahren bekommen wir da überhaupt keine Entscheidung. Und ob dann nicht noch jemand da ist, der dann wieder dagegen vorgeht.

Bislang ist das in allen Großvorhaben der Fall, alle Großvorhaben geht jemand dagegen vor. Das wissen wir auch nicht. Das heißt, wir haben also mit Sicherheit eine Vakanz von 1 ½ Jahren plus und das ist eine Situation, die wir zum jetzigen Zeitpunkt nur schwerlich hinnehmen können.

Ich möchte nochmal den Ansatz deutlich machen, um nochmal die Erfolgsaussichten klar zu machen. In dem ersten Verfahren hat das Verwaltungsgericht sehr ausführlich deutlich gemacht, dass eine absolute Gefahrensituation besteht. Einige von Ihnen waren auch in der mündlichen Verhandlung dabei, haben deutlich gemacht, es besteht eine Gefahr für Leib und Leben, aber die außerordentliche Zuständigkeit des Oberbürgermeisters in diesem Eilfall ist nicht gegeben und von daher besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass hier unter den Voraussetzungen dieser Eilantrag möglicherweise keinen Erfolg hat.

Wenn er Erfolg haben sollte, wäre das für die Stadt, ich sage das so deutlich, im Hinblick auf die weiteren Wartefristen, die ich eben geschildert habe, ein absolutes Vabanquespiel. Das ist eigentlich im Grunde aus meiner Sicht auch aus der rechtlichen Sicht, die ich dazu habe, nicht zu verantworten. Man wird sehen. Aber ich persönlich gehe davon aus, egal wie sie planen, auch wenn eine andere Linie kommt, die mit Unsummen dazu auch noch belegt ist, denn es muss eine vollkommen komplette Medienplanung wieder vorgenommen werden und wir sind dann, wir beginnen uns dann wieder von Anfang an.

Diese Zeiträume dieses jetzt aufzuwarten, das wäre nicht zu verantworten und von daher gehe ich davon aus, dass auch sich die Richter der ersten Argumentation des Verfahrens auch hier anschließen wird und deshalb, wenn ich jetzt auch von meiner Seite her, und auch von Seiten des Landesverwaltungsamtes erwarten wir, dann auch diese Eilentscheidung durch das Verwaltungsgericht. Und das wird sehr zügig gehen. Denn hier ist eine hohe Verantwortung, die auch von Seiten des Verwaltungsgerichtes zu tragen ist, wenn nämlich in der Zwischenzeit etwas passiert. Und deshalb gehe ich davon aus, dass wir eine sehr sehr zügige Entscheidung bekommen. Und das hat ja auch die Situation des Finanzamtes vorgemacht. Da haben wir ja auch sehr schnell innerhalb von zwei Wochen eine Eilentscheidung bekommen. Da muss man abwarten, was passiert. Das wird aber der weitere Verfahrensweg in dieser Situation dann auch sein.

Herr Lange

Herr Schachtschneider hat das Wort.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ja ich frage mich jetzt langsam, worüber reden wir.

Wir wollen alle einen schnellen Damm. Aber, wir haben zwei Möglichkeiten. Ich meine, ich bin genauso wie Sie entsetzt, wenn ich in der Zeitung lese, dass da irgendwelche Bau oder sonstigen Maßnahmen, aber ich habe es langsam, oder ich bin es leid, dass immer diese Sache „Altstadt“ oder „Neustadt“ und letzten Endes sagt jeder, man möchte einen schnellen Deichverlauf.

Ich kann mir natürlich und das habe ich vor über einem Jahr hier gesagt, eine gerade Linie besser vorstellen. Aber, jetzt ist ein Jahr verstrichen. Jetzt haben wir angefangen. Jetzt ist eine Sache da und wenn ich mir den Antrag ansehe, ich weiß nicht, was ich wirklich damit erreichen will.

Wenn das Land wirklich damit umgeht, sagt das Land natürlich, wir haben die Empfehlung geprüft und wir haben festgestellt, die schnellste Variante und das ist nun mal die verdammte Pflicht für das Land, die schnellste sicherste Variante.

Wir haben jetzt Winter, bald. Wir hatten Winterhochwasser, wir haben Frühjahrshochwasser gehabt. Also, ich weiß es nicht, ob ein Verfahren länger geht, ob eine Neuplanung. Wir reden hier alle über Dinge. Aber, wir haben etwas angefangen und dann lassen sie es uns bitte vollziehen, dass wir wirklich da eine Sicherheit haben und ich weiß nicht, ob die paar Quadratmeter oder die Linie da so viel bringt.

Letzten Endes das Ganze nochmal rausschieben auf Eventualitäten abschieben, die keiner weiß, wie lange Gerichte entschieden oder wer dann wegen was klagt. Lassen Sie uns eine Lösung finden und eine möglichst schnelle, die natürlich allen irgendwo Rechnung trägt und vor allen Dingen die Neustädter sind in erster Linie bedroht. Jetzt im Moment. Danke.

Herr Lange

Herr Krause hat das Wort.

Herr Krause

Mir hat jetzt ihr Statement keinen Mehrwert gebracht, Herr Schachtschneider, muss ich Ihnen offen sagen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben es jetzt selber im Grunde beschrieben. Da sind wir ja gar nicht weit auseinander, ja. Also, wir können es doch drehen, so rum und auch so rum. Das Risiko der Klage ist ja da und Sie haben ein Recht, Ihre Auffassung zu vertreten zu sagen, ich gehe jetzt mal davon aus, dass im Wege einer Eilentscheidung wir Recht bekommen, weil die Richter meinetwegen bestimmte Gesichtspunkte auch sehen.

Sehen wir ja auch und wir streiten uns ja auch ganz ernsthaft um den besten und schnellsten Weg. Aber, was Sie auch nicht ausräumen können, ganz im Gegenteil, sie haben sogar beschrieben, wenn die Kläger Recht bekämen, kann sich das bis ein Jahr hinziehen, wenn keine neue Planung gemacht werden soll. Das will ich ja nun mal gar nicht mal in Rede stellen. Das wird sicherlich so sein, obwohl Planungen schon da sind, wie ich mir habe sagen lassen. Aber, das ist eine andere Geschichte.

Nur, was auch Sie nicht ausräumen können, das Eilverfahren ist ja in der Tat dann nicht das Ende. Die Kläger, entweder bekommen Recht, dieses Risiko kann bestehen für die Stadt oder für das Landesverwaltungsamt, wer auch immer sozusagen der

Entscheidungsempfänger ist und dann zieht sich das noch weiter. Das ist die Frage von Herrn Dr. Meerheim gewesen nach dem Plan B. Was ist denn dann für den Fall, dass die Kläger Recht bekommen.

So, und wenn wir mal in einem logischen Augenblick mal diese Variante annehmen, der Kläger bekäme Recht oder die Kläger, sind ja mehrere, bekämen Recht und würden auch alle Instanzen, die möglich sind, ausschöpfen, dann sind wir in der Tat bei einem bis eineinhalb Jahren. Dann kommt dann sozusagen, setzt sich die neue Planungsnotwendigkeit auf. Da haben wir das, was in dem Antrag steht, nämlich die Umwidmung der Schutzziel, die laut Herrn Stäglin, wenn man die planungsrechtlichen Grundlagen mitbeachtet, eineinhalb Jahre dauern soll, haben wir in der Zwischenzeit längst geregelt.

Also das kann sozusagen nicht letztendlich der Hindernisgrund sein, wenn man einfach anfängt und es tut, diese Entwidmung. Wenn man sozusagen diese Verfahren in Gang setzt, die dafür nötig sind. Also von der Seite her kann man die Auffassung haben, wie Sie sie geschildert haben, ok.

Aber, wenn man das Risiko realitätsnah lebensnah einkalkuliert, dass man sagt, beide Sachen sind möglich, dann ist eben die andere Sache auch möglich und die ist auch nicht unwahrscheinlich, dass was, Sie waren ja dabei, also es haben sich mindestens drei sehr deutlich geäußert, die auf jeden Fall klagen werden, die klagen jetzt im Moment erst einmal auf Akteneinsicht, weil sie den Bescheid nicht kennen.

Das ist auch keine Form von Transparenz, das hätte man mit den Betroffenen schon längst mal besprechen können, Sie sicherlich nicht, das müsste dann sozusagen das Landesverwaltungsamt machen. Aber, ich will damit sagen, da hätte man ja auch schon bisschen Puffer nehmen können und Sicherheit bei den Leuten bringen können. Das ist nicht geschehen und die klagen erst darauf und dann klagen sie in der Sache selbst. Und das sind doch die Dinge, die verzögern. Das macht die Sache ein bisschen schwierig jetzt.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, ich möchte es nochmal deutlich machen. In dem Moment, wenn über den Eilantrag innerhalb kürzester Zeit entschieden wird, bedeutet das, keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, das Land baut weiter. Der Landesbetrieb baut weiter. Sie sind in der Ausführungsplanung. Deshalb in dem Moment, deshalb ist es ja sehr schnell, dass die Entscheidung da ist. Und dann werden wir ja sehen, was dann in dieser Gerichtsentscheidung raus ist.

Das heißt, wir haben innerhalb kürzester Zeit für das weitere Verfahren für die weitere Bauausführung genauso wie eben. Es laufen ja auch Klageverfahren weiter beim Finanzamt. Gleichwohl, wird weiter gebaut und dann ist eine Klage insoweit bei der Anordnung der sofortigen Vollziehung. Da geht es um eine offenkundige Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit. Und genau das wird auch im Eilverfahren festgestellt. Und das ist der Punkt. Deshalb verlieren wir jetzt momentan nichts. Deshalb kann ich auch nur vor diesem Antrag warnen unabhängig auch des übertragenen Wirkungskreises.

Wir haben, Herr Krause, sehr schnell eine Entscheidung, eine richtungsweisende Entscheidung. Und dann müssen wir auch darauf reagieren. Das ist selbstverständlich. Und der Landesbetrieb wird auch darauf reagieren. Nur eins möchte ich auch nochmal deutlich sagen, die Planungszeiten gleichwohl unabhängig jetzt der Entscheidung. Es gibt aus der Sicht des Landes in der Vorbereitung keinen Plan B in dieser Situation. Sondern es muss komplett eine Planung wieder begonnen werden. Aufbauend begonnen von dem, was man damals hatte, unstrittig. Aber, wir stehen wieder ganz am Anfang. Und die Fristen von eineinhalb Jahren, bis wir zu einer Genehmigungsentscheidung des Landesverwaltungsamt

kommen, die sind definitiv gegeben. Wir vertun uns also nichts. Was will ich damit? Damit will ich ja auch nur werben. Wir vertun uns also nichts, in dem wir sagen, lassen Sie uns doch die Eilentscheidung abwarten.

Dann wird mit Sicherheit auch, wenn dort auch die richterlichen Hinweise dann gegeben werden, dann werden wir auch bzw. der Landesbetrieb, dann muss neu geplant werden. Da sind wir uns ja einig und von daher vertun wir uns nichts. Bis dahin aber eine Klage, die parallel läuft, die kann über Jahre gehen, die geht auch über Jahre, ich sage es deutlich, beim Finanzamt. Aber, es wird weiter gebaut und das ist ja die Entscheidung, die im Eilverfahren Sinn und Zweck ist.

Herr Lange

Herr Wolter

Herr Wolter

Herr Stadtratsvorsitzender, Herr Oberbürgermeister. Ich möchte gerne nur zwei Punkte nochmal festhalten. Es weicht ja immer sehr auf, wenn wir uns sehr lange und sehr ausgiebig noch mit vielen Statements zu bestimmten Anträgen besprechen und Herr Scholtyssek hat ja da sozusagen auch so ein bisschen mit seinem Statement das nochmal dargelegt, dass sage ich mal, was bewirkt man jetzt eigentlich damit.

Wir haben als Stadtrat Herr Oberbürgermeister, wir haben als Stadtrat einen Beschluss gefasst, dass Sie mit dem Landesbetreib in Kontakt gehen sollen, um eine alternative Deichführung zu besprechen. Das ist unser Beschluss im Juni gewesen in der alten Wahlperiode. Sie sind dagegen, Herr Oberbürgermeister, in Widerspruch gegangen. Haben gesagt, das ist nicht unsere Sache, denn das Landesverwaltungsamt hat uns Recht gegeben, hat gesagt, das kann natürlich der Stadtrat so beschließen.

Heute höre ich von Ihnen, dass Sie da anscheinend da noch gar nichts unternommen haben. Deswegen hat die SPD die Initiative ergriffen zu sagen, wir wollen hier nochmal diese Schutzziele neu definiert wissen. Jetzt sagen Sie im Nebensatz zu Herrn Dr. Meerheim, ja, wissen Sie, diese Sache mit dem Eissport, mit der Eissporthalle das ist ja so ungewiss, das ist ja so gefährlich.

Wir wissen ja gar nicht, wann das löst und andererseits schicken Sie Ihre Beigeordneten in den Finanzausschuss, damit sie ihre Vorlage verteidigen, dass da alles einvernehmlich geklärt ist. Also, ich möchte sie bitten, machen wir hier den Beschluss.

Wir versuchen hier eine Klarheit herzustellen, einen klaren Auftrag an die Verwaltung, hier die bestmögliche Lösung und die klagesicherste Lösung herzustellen. Und wenn der Herr Oberbürgermeister vielleicht noch länger über Eilverfahren und so weiter spricht, wir sind hier nicht im Gericht glücklicherweise. Sondern, wir sind hier im Stadtrat und beschließen die besten Lösungen nach bestem Wissen und Gewissen.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, das war ein guter Auftritt. Aber, mit den Fakten, die Sie dargestellt haben, haben Sie momentan alles durcheinander gedreht und ich möchte nochmal deutlich machen, dass ich klar mit dem Landesverwaltungsamt und auch mit dem LHW gesprochen habe, im Hinblick auf die Alternativen und das habe ich bereits jetzt heute mehrfach ausgeführt.

Herr Lange

Herr Scholtyssek hat das Wort.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, es wurde jetzt schon viel gesagt. Ich möchte auch gar nicht mehr allzu viele Worte loswerden.

Nur zwei Anmerkungen. Zum einen finde ich es ziemlich dreist von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie uns jetzt hier unterstellen, wir würden mit dem Antrag das ganze Verfahren aufhalten.

Wir haben vor dem Sommer beschlossen, dass die Eissporthalle an einen anderen Standort soll, die wir heute mit der Tischvorlage beerdigt haben. Das war auch wieder so ein Geniestreich von Ihnen. Wir haben einen klaren Beschluss gefasst, dass die Eissporthalle an diesem Standort kein Schutzziel mehr ist und Sie haben es seitdem verabsäumt, das dem Landesbetrieb mitzuteilen. Für einen Teil dieses Zeitverzugs sind sie verantwortlich nicht wir. Das möchte ich nur nochmal klarstellen.

Und zum zweiten eine Anregung.

In dem Antrag steht jetzt immer nur „Die Stadtverwaltung wird aufgefordert...“

Ich möchte beantragen, dass wir das ändern in „Die Stadtverwaltung wird beauftragt...“.

Eine Aufforderung muss nicht zwingend umgesetzt werden. Ein Auftrag schon. Von daher in Beschlusspunkt 1 und 2 das aufgefordert in beauftragt ändern.

Herr Lange

So, s gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Doege, sie hatten sich nochmal gemeldet.

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag, den man mit zwei Händen bitte anzeigt.

Frau Krimmling-Schoeffler, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich beantrage hiermit Abbruch der Debatte.

Herr Lange

Es ist Antrag auf Abbruch der Debatte gestellt. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Herr Häder.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Ich will es nur kurz machen. Ich will getrennte Abstimmung beantragen bevor dann ein Abbruch der Debatte und damit das dann jetzt gleich unter ist.

Herr Lange

Zum Antragsverfahren selbst kann dann natürlich nochmal gesprochen werden.

Jetzt geht es um den Geschäftsordnungsantrag „*Abbruch der Debatte*“. Möchten Sie zu diesem Geschäftsordnungsantrag sprechen, Herr Doege?

Nein, jetzt machen Sie mal ernst. Zum Geschäftsordnungsantrag machen Sie bitte nicht noch einen Beitrag zur Debatte.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Also ich möchte gegen diesen Antrag sprechen. Es war nur noch eine einzige Wortmeldung. Nämlich meine. Und das finde ich dann nicht ganz fair.

Herr Lange

So, das heißt aber dann noch nicht, dass Ihre Wortmeldung dann nicht ganz viele andere hinterherzieht. Aber, das ist eine andere Erfahrung aus einem anderen Stadtrat. Wie dem

auch sei. Es gibt einen Antrag auf Abbruch der Debatte. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

Das sind ganz viele. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen.

Damit ist die Debatte abgebrochen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Herr Krause

Ich wollte nur sagen, wenn der Mitantragsteller miteinverstanden ist, würden wir den Änderungsantrag übernehmen.

Herr Lange

Gut, das ist der Änderungsantrag, den Herr Scholtyssek gesagt hat. Ihnen ist das alles noch geläufig.

Das ist also übernommen wurden und dann können wir die Punkte einzeln abstimmen, so wie das beantragt wurde.

Der 1. Punkt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Das ist eine große Mehrheit. Die Gegenstimmen. Stimmenenthaltungen.

Und dann der 2. Punkt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Die Gegenstimmen, die Stimmenenthaltungen, viele Stimmenenthaltungen, wenig Gegenstimmen. Ist also angenommen.

Und dann der 3. Punkt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Die Gegenstimmen und die Stimmenenthaltungen. Bei wenigen Gegenstimmen und vielen Stimmenenthaltungen ist auch dieser Punkt angenommen.

Ich lasse den Antrag im Ganzen abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen und die Stimmenenthaltungen.

Ja. Dem Antrag ist so zugestimmt worden.

Herr Oberbürgermeister möchte noch einmal das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich kündige Ihnen den Beschlussfassungswiderspruch an. Wir sind im übertragenen Wirkungskreis.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1 mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2 mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 3 mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird **aufgefordert beauftragt**, der Landesregierung und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft sowie dem Landesverwaltungsamt als oberer Wasserbehörde mitzuteilen, dass der Standort der alten Eissporthalle und der Festplatz am Gimritzer Damm keine Schutzziele mehr im Sinne der Hochwasserprävention der Stadt darstellen.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt aufgefordert, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nutzung des Standortes der alten Eissporthalle und ihrer Nebengebäude sowie des Festplatzes als Areal für den Deichbau oder als**

Retentionsfläche zu schaffen und den Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern.

3. Die Stadtverwaltung empfiehlt der Landesregierung, dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft sowie dem Landesverwaltungsamt als oberer Wasserbehörde, die neue Deichlinie parallel zum alten Gimritzer Damm einzurichten.

**zu 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2014/00421**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Stadtrat Dr. Erwin **Bartsch** wird von seiner Mitwirkung im **Sportausschuss** entbunden.

Der Stadtrat entsendet Herrn Sten **Meerheim** in den **Sportausschuss**.

Als sachkundiger Einwohner wird Herr Christian **Kirchert** in den **Sportausschuss** entsandt.

2. Stadtrat Marcel **Kieslich** wird von seiner Mitwirkung im **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten** entbunden.

Der Stadtrat entsendet Herrn Dr. Erwin **Bartsch** in den **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**.

3. Der Stadtrat entsendet Herrn Sten **Meerheim** in den **Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**.

4. Der Stadtrat entsendet Herrn Marcel **Kieslich** in den **Bildungsausschuss**.

**zu 8.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: VI/2014/00422**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass eine offene Wahl durchgeführt werden könne, sofern keiner widerspreche.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
per offener Wahl

Beschluss:

Der Stadtrat wählt die Stadträtin Josephine **Jahn** als stimmberechtigtes Mitglied in den **Jugendhilfeausschuss**.

Der Stadtrat wählt als **Stellvertreter** für das stimmberechtigte Mitglied Josephine Jahn im Jugendhilfeausschuss, Stadtrat Thomas **Schied**.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Händelhalle
Vorlage: VI/2014/00214

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP) zu Beißattacken
von Hunden
Vorlage: VI/2014/00330

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP) zur Konzeption der
Wirtschaftsförderung
Vorlage: VI/2014/00331

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Vorbereitung des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus
Vorlage: VI/2014/00316

Die Beantwortung wurde vertagt auf die Dezembersitzung des Stadtrates.

zu 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum
"KulturTREFF Halle-Neustadt"
Vorlage: VI/2014/00315

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.6 **Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Sachverhalt "Essensteilnahme von Kindern in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)"**
Vorlage: VI/2014/00306

Die Beantwortung wurde vertagt auf die Dezembersitzung des Stadtrates.

zu 9.7 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Fördergeldern für den Klimaschutz**
Vorlage: VI/2014/00313

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Illegales Parken in der verlängerten Warneckstraße**
Vorlage: VI/2014/00307

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.9 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Bedarf an Grundstücken für den Eigenheimbau in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2014/00310

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.10 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Fußwegebau in Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2014/00311

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.11 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Sachstand unseres Prüfantrages "Kunst im öffentlichen Raum" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11360)**
Vorlage: VI/2014/00308

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Künstlerhauses 188
Vorlage: VI/2014/00322

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Verwendung von Fördermitteln zur Beseitigung der Folgen des Hochwassers im Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00324

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Brache zwischen Charlottenstraße und Gottesackerstraße
Vorlage: VI/2014/00328

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezüglich der Beantwortung der vierten Frage, bat sie um Erklärung, was es seit dem Projekt, welches von 2006 bis 2008 stattfand, für Überlegungen gegeben habe. Beispielhaft nannte sie mögliche Nutzungen und Verhandlungen zu Nutzungen, die jedoch bislang nicht vorangetrieben wurden. Der verwilderte Zustand könne nicht beibehalten werden.

Herr Stäglich, Beigeordner für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass Bemühungen seitens der Stadt Halle bestehen eine weitere Entwicklung für diese Fläche zu erreichen. Aus diesem Grund sei diese Fläche auch für das Projekt „*Mut zur Lücke – Mut zu Neuem*“ bei der Architektenkammer Sachsen-Anhalt angemeldet.

Eine Interimsnutzung also die Nutzung als Stellplatzfläche wurde geprüft, jedoch aus der beschriebenen Grundstückssituation verworfen wurden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Innenstadt, sei ein gutes Baukonzept der richtige Ansatz, um diese Fläche weiter zu forcieren.

Frau Bohm-Eisenbrandt sprach an, dass auch kurzfristige Möglichkeiten in Betracht kämen. Beispielsweise könne die Fläche öfter gemäht werden um so auch die Problematik der Verunreinigung durch Müll zu vermeiden. Weiterhin würde die Pflege der Fläche diese optisch aufwerten.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkauf und Anmietung von Gebäuden und Grundstücken
Vorlage: VI/2014/00332

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass die Fragen zwei bis vier nicht beantwortet seien und bat die Verwaltung um Antwort.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wissenschaft und Wirtschaft, merkte dazu an, dass die Fragen auf einen möglichen Verkauf abzielen, welcher wiederum nur Spekulation sei.

Für einen Verkauf sei ein Käufer erforderlich und erst um Anschluss wird eine Beschlussvorlage erstellt über diese dann in den Ausschüssen beraten werden könne. Bislang gebe es jedoch keinen potentiellen Käufer.

Herr Feigl entgegnete, dass für den Verkauf des Grundstückes im Haushalt entsprechende Summen veranschlagt seien.

Dazu erklärte **Herr Neumann**, dass es eine Verkaufserlöserwartung seitens der Stadt Halle gebe. Sollte es zu einem Verkauf kommen, werden die Ausschüssen mittels Vorlage an der Entscheidung beteiligt.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bepflanzung und Bewirtschaftung von Grünflächen
Vorlage: VI/2014/00232

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Beschlüssen zur Kleingartenkonzeption
Vorlage: VI/2014/00334

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.18 Anfrage der Fraktion MITBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schulentwicklungsplanung 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: VI/2014/00329

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Mitteilungen

- zu 10.1 Information zur Erhöhung der Verkehrssicherheit um den August-Bebel-
Platz
Vorlage: VI/2014/00100**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.2 Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014
Vorlage: VI/2014/00175**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.3 Erster gemeinsamer Psychiatriebericht der Versorgungsregion Stadt Halle
(Saale) und Landkreis Saalekreis
Vorlage: VI/2014/00176**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.4 Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie
der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen
Vorlage: VI/2014/12726**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.5 Stand Umsetzung aktueller Beschlüsse des Stadtrates und seiner
beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2014/00344**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.6 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftl. Maßnahmen zur
Reduzierung v. Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018**
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 11.1 mündliche Anfrage der Stadträtin Frau Plath sowie Herrn Bernstiel, Herrn Eigendorf und Herrn Aldag zu freien Internetzugang auf dem Marktplatz

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigelegt.

Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters, informierte, dass die Stadt Halle eine dauerhafte Implementierung von originellen Hinweisen, die auf das kostenlose W-LAN Angebot aufmerksam mache, plane.

Die Stadt Halle werde dazu Gespräche mit den Stadtwerken und den städtischen Wohnungsgesellschaften führen. Denkbar wären beispielsweise Ansagen in den Straßenbahnen. Weiterhin sei geplant, die Gewerbetreibenden rund um den Marktplatz, die Universität und sowie die Verwaltung mit einzubeziehen.

zu 11.2 mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zum Eisdom

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigelegt.

Die Beantwortung dazu erfolgte bereits in der Diskussion zu TOP 8.7.

zu 11.3 mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zur Konzeption Städtepartnerschaft

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigelegt.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, sagte, dass die Konzeption in der heutigen Stadtratssitzung noch diskutiert wurde, so dass es für die Umsetzung bisher keine Grundlage gegeben habe. Dennoch finde im Dezember ein Konzeptionstreffen mit den Akteuren und der Stadtverwaltung statt.

Die Delegationen, die die Stadt Halle besuchen, erhalten Gastgeschenke. Wenn Freundschaftsvereine oder andere Akteure in andere Städte reisen, können sie sich bei der Stadt melden und um Gastgeschenke bitten.

Bezüglich der Frage des Termins im September, sagte **Herr Paulsen**, dass dieser noch rechtzeitig sei, zumal die Stadtverwaltung nicht eingeplant habe, dass es eine Haushaltsposition dazu geben werde.

Ein früherer Termin sei nicht zielführend, ein späterer aber auch nicht.

Hinsichtlich des Städtepartnerschaftsjubiläums mit Grenoble seien bisher keine Veranstaltungen geplant. Erste Planungen können und sollen aber auf dem Treffen im Dezember stattfinden.

zu 11.4 mündliche Anfrage Frau Hintz zu Pflasterschäden auf dem Boulevard

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass es am gestrigen Tag einen Termin mit der Zeitvertragsfirma gegeben habe, welche die Schadensermittlung getätigt habe. Die Reparatur der gravierendsten Schäden bzw. Gefahrenstellen werde kurzfristig erfolgen.

zu 11.5 mündliche Anfrage Herr Weihrich zur Hochwasserschutzkonferenz

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Herr Geier, Bürgermeister, sagte, dass an der am 30.10.2014 stattgefundenen Konferenz Frau Ruhl-Herpertz teilgenommen habe.

Bezüglich der zweiten Frage informierte er, dass es eine Auftaktveranstaltung der Saaleanrainer am 30.06.2014 gegeben habe. An dieser nahm er selbst teil und es wurde vereinbart, dass eine sogenannte Verhandlungsgruppe gebildet werde. Diese setze sich aus den vier Beteiligten zusammen, die Stadt Jena, die Stadt Weißenfels und dann noch ein Vertreter einer Anrainergemeinde aus Thüringen.

Zunächst wolle man Kontakt zur Landesregierung Thüringen und zu Vattenfall aufnehmen, da im Zuge des Hochwassers die Frage zu klären sei, wie in dem Rückhaltebecken in Thüringen Bleilochtsperre und Saalekaskaden insgesamt das entsprechende abgestimmte Verhalten war. Hier gebe es entsprechenden Klärungs- und Redebedarf.

Des Weiteren sei beabsichtigt, da aus länderübergreifenden Gebieten das Wasser in die Saale zufließt, entsprechende Vernetzungen nach Sachsen und Thüringen vorzunehmen, um so die Fläche der drei Bundesländer besser zu koordinieren. Dies sei die künftige Aufgabe, welche vereinbart wurde.

zu 11.6 mündliche Anfrage Frau Wolff zu einer Baustelle Ecke Puschkinstraße/ August-Bebel-Platz

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, dass die Baugruben zu einer Baumaßnahme der Netzerweiterung der Telekom gehören.

Aus Anlass der Anfrage sei mit dem zuständigen Bauleiter der bauausführenden Firma ein Gespräch geführt worden, dieser teilte mit, dass die Maßnahmen noch nicht abgeschlossen seien.

Es werden noch Anschlussarbeiten am Kabelsystem durchgeführt, diese werden voraussichtlich, bis Mitte Dezember abgeschlossen sein.

Die Stadtverwaltung habe sich mit der Baufirma zudem über die Beschwerden verständigt und aufgefordert die Missstände zu beseitigen.

Die Frage, warum der Bauträger bislang nicht aufgefordert wurde die Missstände zu beseitigen könne durch ihn nicht abschließend geklärt werden hat bat um Nutzung der städtischen Portale bzw. direkten Kontakt zu Stadt, da so nicht über eine mündliche Anfrage im Stadtrat agiert werden könne.

Bezüglich des Kontrolltraktes könne er keine Angaben machen, wichtig sei, dass eine schnelle Abhilfe geschaffen werde.

Frau Wolff, FraktionMitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, merkte dazu an, dass die Baustelle bereits seit einem Jahr da sei. Viele Bürger haben sie angesprochen und es wurde deutlich, dass diese sich auf den städtischen Portalen beschwert haben, jedoch keine Abhilfe geschaffen wurde.

Herr Stäglin sagte zu bezüglich der Beschwerden auf den Portalen nachzugehen.

zu 11.7 mündliche Anfrage Frau Wolff zu einer Vermittlung in eine Pflegefamilie

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil zu.

zu 11.8 mündliche Anfrage Herr Peinhardt zu SMG

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters, informierte, dass die Prüfung zu den Pflichten des Geschäftsführers bzw. Wirtschaftsprüfers gehöre. Bislang wurden jedoch keine Anmerkungen dazu gegeben.

zu 11.9 mündliche Anfrage Herr Schachtschneider zu einer Turnhallensanierung

Die Anfrage ist den Unterlagen zur Sitzung beigefügt.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wissenschaft und Wirtschaft, sagte, dass offenen Fragen hinsichtlich der Kommunikation zwischen dem Fachbereich Immobilienmanagement und der Schulleitung ausgeräumt seien. Die Fragen der Notwendigkeit der baulichen Änderungen wurden gemeinsam geklärt und akzeptiert. Insofern seien die aufgeworfenen Fragen geklärt.

zu 11.10 mündliche Anfrage Frau Wolff zu Fußgängerüberweg in Martha-Brautzsch-Straße

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte zu der in der vergangenen Sitzung getätigten Anregung bezüglich des Fußgängerüberweges in der August-Bebel-Straße/ Martha-Brautzsch-Straße. zur Bebelstraße. Es wurde seitens der Verwaltung eine 30-Zone vorgeschlagen, um die Problematik zu lösen und bat um Erklärung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass durch diesen Vorschlag auch eine Anregung aus dem Stadtrat aufgenommen wurde. Mit der Unteren Verkehrsbehörde werde geprüft, welche Anordnungen erforderlich seien, um mit der Verkehrssituation in diesem Bereich besser umzugehen.

zu 11.11 mündliche Anfrage Herr Feigl zu Werbefläche in Volkmannstraße

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass viele Dinge, die in der Stadt Halle passieren, ein Stadtrat aus der Presse erfahre und danach schnell reagieren müsse.

In seiner Anfrage bezog er sich auf die zu errichtende Werbefläche in der Volkmannstraße. Bereits im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten habe er nach der Rechtmäßigkeit entsprechend § 34 gefragt.

Für ihn bestünden weiterhin Zweifel, so dass die Frage zu klären sei, inwieweit die Werbeanlage mit dem Werbevertrag der Firma Ströer im Konflikt stehe. Es gebe einen Exklusivvertrag mit einem privaten Unternehmen für die offene Werbung in der Stadt Halle und dann werde eine große Werbefläche außerhalb dieses Vertrages erbaut.

Seitens der Verwaltung wurde bereits informiert, dass eine Baugenehmigung seit zwei Jahren für den Bau eine Garage gebe, auf dessen Dach diese Werbefläche angebracht werden soll und er bat um Erklärung, ob dies im Sinne der Außendarstellung der Stadt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu.

zu 11.12 mündliche Anfrage Herr Feigl zur Integration Peißnitzhaus in Fördergebiet

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte an die Beschlussfassung zum Peißnitzhaus, wonach dieses in das Fördergebiet *Soziale Stadt* eingebunden werden soll und fragte nach wann damit zu rechnen sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass man sich bereits in der Endfassung des neuen Handlungskonzeptes *Soziale Stadt* für das Städtebauförderprogramm befinde und dieses schnellstmöglich vorgelegt werde. In diesem gehe es auch um Gebietsgrenzen und in diesem Zusammenhang sei die Grenzerweiterung um die Peißnitz enthalten. Diese Vorlage werde voraussichtlich Anfang des kommenden Jahres vorgestellt.

zu 11.13 mündliche Anfrage Frau Dr. Brock zu einem Gedenkstein

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass bislang an der Stelle, an der Mariya ermordet wurde bislang keine Veränderung festzustellen sei.

Im August wurde durch den Oberbürgermeister über die Medien informiert, dass Gespräche mit Initiativen geführt werden um eine Gedenktafel anzubringen. Sie bat um Darstellung des Ergebnisses.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte die Informationen zu den geführten Gesprächen und teilte mit, dass die Initiative einen Antrag stellen müsse, damit die Verwaltung die entsprechende Genehmigung aussprechen könne. Bislang sei dies nicht erfolgt.

zu 11.14 mündliche Anfrage Herr Wehrich zu Antragstellungen Fluthilfemittel

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass der Oberbürgermeister zu Beginn der Sitzung über die Anträge für den Fluthilfefond berichtet habe.

Hierbei sei ihm die Antragstellung für die Brunnengalerie in Halle-Neustadt nicht aufgefallen, so dass er nach dem aktuellen Stand frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass nach dem Bau des Deiches diese investiv beplant werden könne.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, äußerte, dass der Stadtrat einen Maßnahmenplan für die Fluthilfemaßnahmen beschlossen habe. In diesem sei die Erneuerung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt enthalten, so dass man sich mit der weiteren Antragstellung für die Ertüchtigung der Brunnengalerie und zur Beseitigung der Schäden der Flut konzentriere.

Auf die Frage von Herrn Wehrich ob der Antrag gestellt sei, informierte **Herr Stäglin**, dass der Oberbürgermeister bereits zu den nicht eingereichten Anträgen informierte habe. Dies impliziere auch, dass die anderen Maßnahmen auf Grundlage des Beschlusses bereits beantragt seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dar, dass alle Anträge entsprechend der Beschlussfassung gestellt wurden, abgesehen von denen, die zu Beginn der Sitzung aufgezeigt wurden.

zu 11.15 mündliche Anfrage Herr Peinhardt zu einer Straßenbeleuchtung

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte nach der Beleuchtung des Parkplatzes Am Heidebad 10. Diese leuchte nicht mehr und er bat um Information, ob es den Tatsachen entspreche, dass sie nicht mehr in das Netz der Stadt integriert sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.16 mündliche Anfrage Herr Scholtyssek zu Brandschutzerziehung

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bezog sich in seiner Anfrage auf die Thematik der Brandschutzerziehung. Derzeit gebe es hierfür ein Bürgerarbeitsprojekt, welche zum Jahresende auslaufe. Im Hauptausschuss wurde mitgeteilt, dass ein Nachfolgeprogramm in Anspruch genommen werde.

Es sei zu befürchten, dass dies nicht zum 01.01.2015 reibungslos klappen werde, so dass er nach einer Möglichkeit für eine Übergangslösung fragte.

Dazu sagte **Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters**, dass eine Übergangslösung geschaffen wurde. Für das kommende Jahr werde der Feuerwehrverband eine Stelle einrichten, die diese Brandschutzerziehung übernehmen werde. Diese werde durch die Stadt Halle für das komplette Jahr finanziell unterstützt.

zu 11.17 mündliche Anfrage Herr Scholtyssek zu einer Demonstration der Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte, weshalb an der Demonstration des Städte- und Gemeindebundes in Bezug auf das FAG die Stadt Halle durch den Leiter des Sozialamtes vertreten wurde.

Die Kommunen beklagen sich immer wieder über die Finanzausstattung und durch den Kämmerer der Stadt werde dies auch immer wieder so bestätigt.

Die Teilnahme durch den Leiter des Sozialamtes sei aus seiner Sicht ungewöhnlich, da beispielsweise andere Städte durch die Oberbürgermeister vertreten wurden.

Er bat um Erklärung, weshalb weder der Oberbürgermeister noch der Bürgermeister an dieser Demonstration teilgenommen haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der Fachbereichsleiter Herr Baus, als zuständige Fachkraft entsendet wurde. Das Schwerpunktthema Asyl ist aus Sicht der Stadt das Thema, das im FAG als eigene Rechtsgrundlage aufgenommen werden sollte.

Herr Scholtyssek merkte an, dass es sich hierbei um eine Demonstration gehandelt habe und nicht um eine Fachtagung. Die Vertreter sollten Flagge zeigen und er hätte es als eine

Pflicht des Oberbürgermeisters angesehen an dieser Demonstration persönlich teilzunehmen.

zu 11.18 mündliche Anfrage Frau Haupt zu einer Willkommenskultur

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, fragte, ob die Willkommenskultur in der Ausländerbehörde weiter verbessert werden könne. Sie habe die Kenntnis, dass alle Mitteilungen in deutscher Sprache verfasst seien, beispielsweise *„Nicht klopfen, bitte warten“*.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem Verbesserungsvorschlag zu und merkte an, dass die Willkommenskultur gut sei, jedoch müssen Optimierungen stattfinden. Er erinnerte an den Stand, der noch vor drei bis vier Jahren dort vorlag und hob die bereits vollzogenen Veränderungen hervor.

zu 11.19 mündliche Anfrage Herr Senius zum Demografiekonzept

Herr Senius, SPD-Stadtratsfraktion, sagte, dass sie demografische Entwicklung in Halle in den nächsten Jahren alle kommunalen Handlungsbereiche erfassen und beschäftigen werde. Deshalb sei es richtig, dass das ISEK letztendlich auch die Aufgaben eines Demografiekonzeptes erfüllen soll.

Im Rahmen der Konzepterstellung wurde festgelegt, dass der zuständige Fachbereich zu dem Thema Demografie Fachbeiträge erstellt und die strategischen und fachbereichsübergreifenden Zielstellungen formuliert werde.

Der Stadtrat hat vor nahezu zwei Jahren ergänzend dazu ausgeführt, dass ISEK auch die Anforderungen eines Demografiekonzeptes aus Sicht des Landes erfüllen soll.

Die diesbezügliche Antwort und Festlegung der Verwaltung sei mittlerweile fast zwei Jahre alt und aus diesem Grund fragte er nach den Anforderungen des Landes an ein Demografiekonzept. Weiterhin wolle er die Bedeutung für die Stadt Halle diesbezüglich erfahren und ob diese bereits gewichtet und untersetzt seien.

Zudem bat er um Information, ob die strategischen und fachbereichsübergreifenden Zielstellungen bereits formuliert seien. Sollte ein Fachbeitrag des Bereiches bereits vorliegen, bat er um entsprechende Bereitstellung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass das Land die Anforderung nicht dezidiert formuliert habe.

Es gebe Empfehlungen, wonach eine vorsehe, dass ein Demografiekonzept in ein integriertes Gesamtkonzept einzuordnen sei. Empfohlen werde die Erstellung einer detaillierten Bevölkerungsprognose, welche durch das statistische Landesamt mittels grober Systematik vorgebe.

Im Zuge des ISEK wurde eine neue Bevölkerungsprognose erarbeitet, die verwaltungsintern im Dezember präsentiert werde und im Stadtentwicklungsausschuss inhaltlich vorgestellt wird.

Bezüglich der strategischen und fachbereichsübergreifenden Zielstellungen informierte **Herr Stäglin**, dass das Thema Demografie ist ein Querschnittskapitel sei, da es keinen Fachbereich Demografie gebe. Demnach ergebe sich aus der Bündelung der Analyseergebnisse, dass die Fachbeiträge hälftig vorliegen. Es sei vorgesehen im ISEK-Prozess im ersten Quartal des nächsten Jahres einen separaten Strategieworkshop für die Stadt und damit für das ISEG durchzuführen, sodass sich daraus der erste Punkt der Zeitschiene ergebe.

Die Rückkopplung des Strategieworkshop im ISEK-Prozess werde über den Stadtentwicklungsausschuss erfolgen.

Nach Abschluss aller verwaltungsinterner Aufgaben sei von einer Einbringung einer Beschlussvorlage Anfang 2016 auszugehen.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung Frau Ranft zur Verschiebung der Sitzung des Bildungsausschusses sowie einer Sondersitzung

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass in Absprache der Fraktionen und der Verwaltung der Bildungsausschuss vom 02.12.2014 auf den 16.12.2014 verschoben werde. Weiterhin werde es einen Sondertermin zur Schulentwicklungsplanung geben, welcher für am 05.12.2014 geplant sei.

zu 12.2 Anregung Herr Dr. Wöllenweber

Herr Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, regte an, dass an der neu geschaffenen Kreuzung Paracelsusstraße/Äußerer Hordorfer Straße eine zusätzliche Kennzeichnung der Fahrspuren vorgenommen werde.

Nach der Kreuzung in der Hordorfer Straße stehen etwa 50 Meter zur Verfügung, um dort einen Spurwechsel vorzunehmen. Es entstehen gefährliche Situationen, welche durch eine Kennzeichnung der Linksabbiegerspur schon vor der Kreuzung vermieden werden könne.

zu 12.3 Anregung Herr Krause zu Verschickung von Unterlagen

Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion, regte an, dass noch bevor die neue Regelung zur Geschäftsordnung vorliege, die Verwaltung sich selbst auferlegt, bis wann Unterlagen zu Sitzungen spätestens versandt werden.

Es sei kein Zustand, wenn Beantwortungen und wichtige Dokumente erst während der Sitzungen an die Teilnehmer versandt werden

Aus seiner Sicht müsse eine solche Regelung zeitnah erfolgen.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die vorliegenden Unterlagen zur Erstellung von Wassertourismus- und Saalepromenadenkonzept

zu 13.2 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Gesellschafterunterlagen zur Erstellung des Wirtschaftsplanes der Stadtmarketing Halle GmbH für das Jahr 2015

zu 13.3 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Fraktion in das Gutachten zu den Altlasten am geplanten Standort des Neubaus des Planetariums (Gasometer)

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 4. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin